

**Senatsverwaltung für
Schule, Jugend und Sport**



**Forum Wertebezogene Bildung
in der Demokratie III**

**Islamischer Religionsunterricht
an Berliner Schulen
Probleme, Fragen, Antworten**

**Podiumsdiskussion
am 29. März 2000
in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin**

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

**Akademie der
Politischen Bildung**

Forum
Wertebezogene Bildung in der Demokratie III

**Islamischer Religionsunterricht
an Berliner Schulen
Probleme, Fragen, Antworten**

**Podiumsdiskussion
am 29. März 2000
in der Friedrich-Ebert-Stiftung,
Berlin**

PROGRAMM

Eröffnung und Begrüßung:

Dr. Johannes Kandel

Friedrich-Ebert-Stiftung

Einleitung:

Klaus Böger

Senator für Schule, Jugend und Sport

Podium:

Kenan Kolat

Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Migration der SPD Berlin

Burhan Kesici

Islamische Föderation Berlin

Osman Tozlu

Verband Islamischer Kulturzentren (VIKZ)

Ismail Kaplan

Föderation der Aleviten Gemeinden in Deutschland, Köln

Safer Cinar

Sprecher des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg

Prof. Dr. Peter Heine

Humboldt-Universität-Berlin

Moderation:

Dr. Johannes Kandel

Friedrich-Ebert-Stiftung

Eröffnung und Begrüßung:

Johannes Kandel:

sehr geehrter Herr Senator, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste,

herzlich willkommen zur dritten Runde des Dialogs im Forum Wertevermittlung in der Demokratie. Wir haben uns heute das Thema „Islamischer Religionsunterricht“ vorgenommen, ein sehr schwieriges und komplexes Feld. Bei der Planung der Veranstaltung hatte ich hinter den Titel „Islamischer Religionsunterricht – Probleme, Fragen, Antworten“ noch ein Fragezeichen gesetzt. Dieses Fragezeichen ist selbst fraglich geworden und es scheint doch zunehmend um die Frage zu gehen, wie ein islamischer Religionsunterricht im Kontext der Regelungen zum RU in Berlin aussehen könnte. Es wird um eine Lösung gehen, die möglichst im Konsens mit den Beteiligten erreicht werden sollte. Dazu ist Dialog auf unterschiedlichen Ebenen notwendig: zwischen Schulexperten, Bildungspolitikern, Anbietern von Religionsunterricht, Lehrern, Eltern und Schülern, also zwischen den – wie man so schön sagt – unmittelbar Betroffenen. Eine Podiumsdiskussion kann nur Fragen anreissen, Positionen deutlich machen, Dissens feststellen und möglicherweise auch Eckpunkte für einen Konsens benennen. Es bedarf aber weiterer grosser Anstrengungen, die in vielfältigen Angebotsformen - vom Expertengespräch, Fachtagungen, Seminaren bis zum Workshop – unternommen werden müssen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist bereit, Foren für diese notwendigen Dialoge zu bieten.

Ich denke, es sollte in dieser Veranstaltung weniger um juristische Fragen gehen – so wichtig diese auch sind – sondern wirklich darum welchen Beitrag der Islamische Religionsunterricht zur religiösen Bildung, zur Wertevermittlung, zur Reflexion über Sinnfragen, über Gott, Welt und Gesellschaft beitragen kann, um Schülern zu helfen zu Orientierungen, Überzeugungen, kritischem Urteil, Unterscheidungsvermögen zu gelangen.

Dies zur Einleitung und nun hat Herr Senator Böger das Wort.

Klaus Böger:

Lieber Herr Kandel, meine Damen und Herren, ich darf mich zunächst einmal – wie immer, auch für die dritte Folge unserer Diskussionsreihe, bei der Friedrich-Ebert-Stiftung bedanken. Wir haben gespürt, dass ganz anders wie tagespolitische Politiker immer meinen, eine Diskussion über Werte und Wertevermittlung in der Schule, die Stellung des Religionsunterrichtes, sehr wohl in Berlin eine hoch interessierte Zuhörerschaft hat. Ich freue mich auch sehr und bedanke mich, dass Sie eine Dokumentation der ersten Diskussion vorgelegt haben. Ich will auch heute hier zu Anfang sagen, es wird nicht die letzte Veranstaltung sein, wir haben die nächste bereits fest geplant und schon terminiert. Herr Kandel wird den Termin nachher sagen. Eine weitere Diskussionsrunde, in der wir über das Unterrichtsfach Ethik und Philosophie diskutieren werden, das in Berlin – man vergisst das manchmal – in, ich glaube, 29 Schulen ausprobiert wird. Wir werden daran anschliessend noch eine Runde haben, in der wir über das System Schule sprechen wollen, das heisst den Aufbau unserer Schule sowie die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben und die Unmöglichkeiten für Wertorientierung für Schülerinnen und Schüler zu sorgen.

Unser heutiges Thema greift meines Erachtens stark über die Frage Werteeerziehung und Schule hinaus. Ich glaube, dass die Frage Islam/Islamunterricht zugleich, das spürt man als Politiker, grosse Ängste und Besorgnisse in unserer Bevölkerung aktiviert. Das spürt man insbesondere, wenn man zu Diskussionen in Stadtquartieren in Berlin unterwegs ist. Da gibt es – ich sage das zugespitzt – die Sorge, dass sich über Islam, über Menschen islamischen Glaubens in Deutschland, die dann auch noch in die Schule kommen, die Art und Weise unserer Kultur, die ja durch und durch abendländisch geprägt ist, gewissermassen schleichend verändert. Eine Sorge, die man zur Kenntnis nehmen muss. Es ist aber ohne Frage eine Aufgabe des Bildungssystems, für jene Menschen, die sich entschieden haben, in der Bundesrepublik Deutschland für immer zu leben und die muslimischen Glaubens sind, diesen Schülerinnen und Schülern, ihre Glaubenspositionen in der Schule in Form von Religionsunterricht zu vermitteln. Soweit, so gut. Klar ist auch, ich sage das vereinfacht, die Väter und Mütter des Grundgesetzes hatten, als sie das Grundgesetz erarbeitet haben, in der Frage Religion und Staat in der Auseinandersetzung mit der Weimarer Reichsverfassung und dann als der Artikel 7, Absatz III formuliert wurde, mit dem Begriff der Religionsgemeinschaften, ich sage es schroff, an alles andere aber mit Sicherheit nicht an muslimische Organisationen und Islam gedacht. Das stand ausserhalb der damaligen Vorstellungen. Was wir in Berlin als Behörde ganz schlicht respektieren müssen, ist die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes, die uns aufgegeben hat, die Islamische Föderation an den Berliner Schulen als Anbieter für Religionsunterricht zuzulassen. So ist die gegenwärtige Rechtslage. Wir haben ja, wie Sie alle wissen, mit der Bremer Klausel und den §§ 23 und 24 Schulgesetz eine besondere Regelung für den Unterricht der Religionen und Weltanschauungen, die uns von den meisten Ländern der Bundesrepublik unterscheidet. In einem langen Streitverfahren, das sich über zeh Jahre hingezogen hat, bekam die antragstellende Organisation schliesslich Recht und hat damit auf der Grundlage gültigen Landesrechtes die Anerkennung als Religionsgemeinschaft erreicht. Ich habe nach dieser Entscheidung eine Menge Post bekommen. Und aus dieser Post wird deutlich, dass es sehr viel Kritik, sehr viel Sorge gibt, ob das denn der richtige Weg sei. Prinzipiell Islam an den Schulen überhaupt zu unterrichten oder einzubringen und speziell ob diese Gruppierung eigentlich den Islamunterricht in staatlichen Gebäuden vertreten kann oder, wenn Sie so wollen, unter dem Dach des Staates, für ihre Zwecke islamische Glaubensvermittlung weiterzugeben. Das wissen wir nicht. Wir werden heute abend diese Frage gewiss nicht abschliessend klären können, ich will aber auch deutlich sagen, behördlich sind wir selbstverständlich an Recht und Gesetz gebunden. Wir haben gegenwärtig noch nicht den neueren Lehrplan der islamischen Föderation bekommen. Das war angekündigt, wir werden den pflichtgemäss prüfen, ich bin mir aber bei dieser Prüfung, die ja keine Prüfung sein kann über die Unterrichtsrealität, ziemlich sicher, dass man auf Grund der eingereichten Lehrpläne die Islamische Föderation wahrscheinlich zulassen müsste. Es sei denn, wir kommen in der Diskussion, politischen Diskussion, hier im Lande Berlin zu einer anderen Rechtslage, eine Rechtslage, die nicht unbedingt, nach meiner Überzeugung ist das nicht notwendig, auf Artikel 7, Absatz III Grundgesetz zurückgeht, sondern die die Praxis des Bremer Modells einfach gesetzlich in unserem Schulgesetz verändert. Dahinter steht der Gedanke, das spreche ich freimütig aus, das weiss ich auch von allen meinen Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern, der Gedanke und die Zielrichtung, dass es doch noch gelingen möge, in der Bundesrepublik Deutschland einen verbindlichen Ansprech-

partner für den Bereich Islam und Islamunterricht zu bekommen. Andere Länder, Österreich und Belgien, haben uns das vorgemacht, das ist das Ziel und eigentlich auch der Wunsch. Ich bin gespannt. Vielleicht gelingt es uns in Berlin, diesen Prozess anzustossen und ich bedanke mich bei – heute sind es nur Herren – bei all den Herren, die heute hier bereit waren, zu dieser Diskussion zu kommen. Ich hoffe, dass viele der Fragen, die Herr Kandel und die auch ich angesprochen haben, in der einen oder anderen Weise akzentuiert werden, damit man dann politisch verantwortlich klarer entscheiden kann. Vielen Dank.

(Beifall)

Johannes Kandel:

Schönen Dank Herr Böger. Lassen Sie mich noch etwas sagen zum Ablauf des Abends. Sie sehen heute keine Saalmikrofone und das hat seinen Grund. Wir möchten heute eine nicht neue aber praktische Methode der Publikumsbeteiligung ausprobieren. Sie sehen hier an einem Tisch einen Herrn sitzen, der heute abend eine wichtige und nicht ganz leichte Aufgabe übernommen hat: er ist der „Anwalt des Publikums“, er ist ihr Anwalt. Zur Vermeidung langer Schlangen an den Mikrofonen und der Frustration derer, die am Ende nicht zu Worte gekommen sind, bieten wir Ihnen ab, Ihre Fragen schriftlich zu stellen – drei Mitarbeiterinnen sind unterwegs, Ihnen Zettel und Stifte (sofern nötig) zu reichen. Sie sammeln die Fragen ein und geben sie an den „Anwalt“. Dieser hat die Aufgabe, auf gleiche oder ähnliche Themen gerichtete Fragen zu bündeln, zu sortieren und sich dann ins Diskussionsgeschehen hier einzuschalten. Sie können – wenn Sie möchten – Fragen, die Sie schon mitgebracht haben, sofort aufnotieren oder sich von der Diskussion inspirieren lassen, weitere zu stellen. Auf diese Weise geht keine Frage verloren und das Podium wird sich um Antworten bemühen.

Der Anwalt des Publikums ist heute abend **Dr. Manfred Krämer**, Lehrer am Pestalozzi-Fröbel-Haus und ausgezeichnete Kenner der Materie. Ich danke ihm herzlich, für seine Bereitschaft, Mittler zwischen Publikum und Podium zu sein.

Ich möchte Ihnen nun die Teilnehmer des Podiums vorstellen: Zu meiner Linken sitzt **Herr Peter Heine**, Islamwissenschaftler an der Humboldt-Universität und Autor zahlreicher Bücher zum Islam, darunter ein vielbeachtetes Islamlexikon. Neben ihm links sehen Sie **Herrn Burhan Kesici**, Diplom-Politologe und Verwaltungsratsvorsitzender der Islamischen Föderation Berlin. Ganz aussen links sitzt **Herr Safer Cinar**, Sprecher des Türkischen Bundes Berlin. Zu meiner Rechten sehen Sie **Herrn Ismail Kaplan** von der Föderation der Alevitengemeinden in Deutschland aus Köln. Diese Föderation ist ein Dachverband, der die Aleviten in Deutschland vertritt. Rund 20% der in Deutschland lebenden Türken sind Aleviten. Neben ihm rechts sitzt **Herr Kenan Kolat**, der hier heute als Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Migration der SPD Berlin spricht. Und ganz rechts sitzt **Herr Mustafa Imal** vom Verband der Islamischen Kulturzentren, der Zentrale in Köln. Er vertritt den ursprünglich vorgesehenen Herrn Tozlu, der aufgrund einer dringenden Familienangelegenheit in die Türkei reisen musste. Ich danke Herrn Imal, dass er so kurzfristig eingesprungen ist. Ich möchte Sie, meine Herren, am Podium bitten, möglichst laut und deutlich in die Mikrofone zu sprechen, einmal ist das gut fürs Publikum, zum anderen hilft es bei der

Auswertung unseres Tonmitschnitts, denn wir werden – wie für die anderen Dialogrunden auch – eine Dokumentation unserer Veranstaltung erstellen. Nun aber hinein in die Sache.

(Beifall)

Ich schlage vor, dass wir **drei Themenkomplexe** zu bearbeiten versuchen, die natürlich miteinander zusammenhängen, aber im Interesse der Überschaubarkeit getrennt werden sollten.

1. Brauchen wir einen islamischen Religionsunterricht? Nach Meinung einer Reihe von islamischen Organisationen, insbesondere der Islamischen Föderation Berlin, brauchen wir ihn. Aber es darf und muss doch noch gefragt werden: Gibt es ein wirklich greifbares, ermittelbares oder bereits dokumentiertes Bedürfnis von Muslimen hier in Berlin – und zwar nicht nur der türkischen – dass ein islamischer Religionsunterricht in die öffentlichen Schulen einziehe? Und wenn ja, wer kann, wer soll Anbieter eines solchen Unterrichtes sein? Denn diese Frage ist ja, ungeachtet des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 23. Februar nach wie vor kontrovers.
2. Wie sollen Lernziele, Themen, Inhalte und Didaktik eines solchen Unterrichtes aussehen? In welcher Sprache soll unterrichtet werden? Welcher Islam soll unterrichtet werden – angesichts der Tatsache, dass es offenkundig sehr verschiedene Richtungen im Islam gibt? Sollen alle Richtungen „ihren“ Islam unterrichten dürfen? Gäbe es eine Chance auf einen Konsens und einen gemeinsamen Rahmenplan? Und wenn ja, wie sollte dieser erarbeitet werden?
3. Welche Kooperationsformen zwischen dem Staat und den Anbietern von Religionsunterricht sind vorstellbar? Hierher gehört die immer wieder heiss diskutierte Frage nach dem „Ansprechpartner“ für den Staat. Wann ist oder wird eine islamische Organisation zur islamischen Religionsgemeinschaft? Dies ist in Deutschland sehr kontrovers und auch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist ja kein Präzedenzfall für andere Bundesländer. Da, wo von islamischen Organisationen Anträge auf Erteilung von Religionsunterricht vorliegen – Hessen, NRW, Baden-Württemberg – ist bisher noch nicht entschieden worden. Die Berliner Situation ist deshalb so schwierig, weil hier eine Neuordnung des Religionsunterrichts insgesamt ansteht. Im Blick auf den islamischen Religionsunterricht stellen sich auch schulrechtliche und schulorganisatorische Fragen: An welchen Schulen soll unterrichtet werden und in welchen Jahrgangsstufen? Welche Lehrer sollen unterrichten und wie werden sie ausgebildet?

Eine Fülle von Fragen. Wir werden uns bemühen, wenigstens einige zu beantworten.

Greifen wir den ersten Themenkomplex auf. Eine schlichte aber wichtige Frage: Brauchen wir den Islamischen Religionsunterricht? Ich wende mich zunächst an Professor Heine. Herr Heine, mit welchem Islam, welchen Gruppierungen und Richtungen haben wir es hier in Berlin zu tun? Es ist für den Beobachter von aussen oft schwer, dies richtig zu sortieren und einzuschätzen.

Peter Heine:

Zunächst einmal muss ich ganz deutlich sagen: wir brauchen Religionsunterricht, auch

islamischen Religionsunterricht, einfach deshalb, weil – ob Menschen gläubig sind oder nicht – ihr kultureller Hintergrund auch durch ihr religiöses Herkommen geprägt ist. Mich macht das schon traurig, wenn ich hier in Berlin und Umgebung erfahre, dass junge Deutsche z.B. nicht wissen, wer Jesus von Nazareth ist. Das halte ich für ein Defizit und in welcher Form solche Kenntnisse vermittelt werden, darüber kann man dann diskutieren. Aber das so etwas ausserordentlich wichtig ist für die Bildung, für die Entstehung von kultureller Identität usw. darüber brauchen wir gar nicht weiter zu diskutieren. Es gibt im Zusammenhang mit dem Islam ein grundsätzliches Problem: das ist, dass der Islam im Verlauf seiner vierzehnhundertjährigen Geschichte zwar in verschiedenen Ländern unterschiedliche Formen von Hierarchien entwickelt hat, dass es aber in dem Sinne keine zentrale Form von Lehramt oder Ähnlichem gibt. Ich sage in Klammern dazu, um gleich deutlich zu machen, wie schwierig es ist, dass so etwas im schiitischen Islam gibt, d.h. im schiitischen Kontext wäre das – bei iranischen oder bestimmten Gruppen von libanesischen Muslimen, die ja auch hier in Berlin leben, ein sehr viel geringeres Problem als bei der grossen Gruppe der sunnitischen Muslime. Ich will auch gleich sagen, ich bin nicht der Meinung, dass es eine einzige Kraft, eine einzige Gruppe, eine einzige Organisation geben muss, die für den ganzen Islam in Deutschland spricht. Das ist bei anderen Religionsgemeinschaften auch nicht der Fall, wir kennen das christliche Beispiel. Das heisst, man müsste den Muslimen zugestehen oder denen, die sich als Muslime bezeichnen, um das noch etwas differenzierter zu formulieren, dass sie jeweils unterschiedliche Ansprechpartner für den Staat entwickeln, d.h. es müsste sunnitische, schiitische und auch alevitische Ansprechpartner geben. Das mal vorweg. Der Muslim ist unmittelbar zu Gott, ich glaube, damit bin ich mit der Mehrzahl der Muslime hier im Saal einig, er braucht also keine Priester, keine Rabbiner, keine Zauberer oder ähnliche Vermittlungsgestalten. Dies ist eine sehr persönliche und eine sehr direkte Beziehung und die unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von dem, was wir aus dem Christentum kennen. Das ist solange nicht problematisch als der gesellschaftliche Kontext, in dem solche Religion praktiziert wird, einheitlich ist, in dem sozusagen alle direkt unter Gott stehen und dann auch keine Vermittlungen, keine entsprechende Autorität gebrauchen. Darum hat sich, aus meiner Sicht jedenfalls, in dieser Form im Islam so etwas nicht entwickelt. Prägend für die hiesige Gesellschaft, die hiesige Kultur, auch wenn das heute möglicherweise ganz anders geworden ist, ist das Christentum, das in vielerlei Hinsicht hierarchisch strukturiert ist, das ist die eine Seite. Und die andere Seite ist eben, dass die Organisation des Staates auch eine Hierarchie hat, verschiedene Hierarchien hat; und so stossen jetzt einerseits hierarchische Strukturen, die kulturell bedingt sind hier in Deutschland und andererseits, wenn sie so wollen, administrativ bedingt, auf sehr offene, sehr freie Strukturen, die die muslimischen Migranten, die hier nach Deutschland gekommen sind, mitgebracht haben. Da liegt das eigentliche Problem. Aus meiner Sicht wird auf die Dauer der Islam – wenn ich sage auf die Dauer dann würde ich das schon in 100 Jahren oder ähnlich rechnen – nicht darum herumkommen ebenfalls solche Strukturen zu entwickeln. Wir haben hier in Berlin – um jetzt konkret auf ihre Frage zu kommen – zahlreiche, unterschiedliche islamische Organisationen. Es gibt eine neuere Untersuchung: es gibt mindestens 60 verschiedene Bethäuser, Moscheen und wir können möglicherweise sagen, dass in jeder ein je spezifischer Islam praktiziert wird. Die grossen islamischen Organisationen, die hier in Berlin aktiv sind, sind hier mit auf dem Podium, wenn wir einmal von der Anstalt für religiöses Recht, also der DITIB, der staatlichen Religionsorganisation der Türkei, absehen, die wohl die grösste Organisation ist. Soviel dazu.

Johannes Kandel:

Schönen Dank. Ich darf zur Information sagen, ich hatte DITIB natürlich eingeladen, hier auf das Podium zu kommen, aber nach einem Gespräch wurde mir bedeutet, man befände sich noch in einem Diskussionsprozess und wolle zu diesem Zeitpunkt nicht an einer öffentlichen Podiumsdiskussion teilnehmen. Meine nächste Frage geht an Herrn Kesici, den ich eigentlich nicht mehr zu fragen brauche, ob er meint, dass wir einen islamischen Religionsunterricht brauchen. Sie haben mit dem langen Rechtsstreit unterstrichen, dass wir einen brauchen und können sich nun nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts als Sieger fühlen. Ich möchte Sie fragen, welches Gefühl überwiegt denn im Moment: Triumph, Freude, nun endlich in der Berliner Schule unterrichten zu dürfen und einen Beitrag für die Integration muslimischer Kinder leisten zu können oder vielleicht auch Furcht, dass ihr Auftreten an der Berliner Schule zwischen den Muslimen und im Verhältnis von Muslimen und Mehrheitsgesellschaft polarisierend wirken könnte? Es Ihnen ja klar, dass Ihre Organisation von vielen Muslimen in Berlin keineswegs als repräsentativ für die Mehrheit der Muslime angesehen wird, ganz abgesehen von den politischen Vorhaltungen wegen Ihrer Nähe zu Milli Görüs, das muss man ja hier auch offen sagen und diskutieren. Ich frage Sie also zugespitzt: Brauchen wir den islamischen Religionsunterricht der Islamischen Föderation?

Burhan Kesici:

Ich sage klipp und klar: ja, wir brauchen islamischen Religionsunterricht. Wir müssen die Realität beachten. Die Diskussion, brauchen wir ihn oder brauchen wir ihn nicht, ist schon in der Praxis beantwortet worden. Wenn wir uns die Moscheegemeinden und andere islamische Organisationen anschauen, so werden wir sehen, dass dort schon praktisch Religionsunterricht gegeben wird, zwar nicht Religionsunterricht, so wie wir es beabsichtigen aber eine Religionsvermittlung findet statt. Wir als Islamische Föderation möchten diese Vermittlung in den öffentlichen Schulen stattfinden lassen und dafür haben wir uns auch 20 Jahre bemüht. Nun, Sie können sich vorstellen, wenn man sich 20 Jahre für etwas bemüht und endlich das Recht bekommt, das auch auszuüben, dann ist man froh. Es gab im Vorfeld Befürchtungen, also ich habe selber auch gefragt, ist es sinnvoll, dass man so etwas anbietet, vor allem wenn man sich die Presseerklärungen anschaut, wenn man sich die Gegenarbeit anschaut, die sich gegen die Islamische Föderation gebildet hat, aber nach dem OVG Urteil kam eine andere Meinung bei mir auf. Wir haben von der muslimischen community in Berlin eine sehr hohe Unterstützung bekommen, wir haben schriftliche und mündliche Unterstützung bekommen, die Leute sind zu uns gekommen und haben gesagt, endlich ist eine Organisation da, die Religionsunterricht anbieten darf, das waren zum grössten Teil Leute, die nichts mit der Föderation zu tun hatten, aber sie haben gesagt, es ist für den Islam und wir unterstützen das, auch wenn wir der Föderation nicht angehören. Im Laufe dieser Zeit haben wir uns mit anderen Organisationen in Verbindung gesetzt und haben den Religionsunterricht mitgestaltet. Das heisst, nicht nur die Föderation, sondern die Muslime haben hier das Recht bekommen, Religionsunterricht anzubieten. So betrachten wir das und wir haben nach dem OVG Urteil und dem Bundesverwaltungsgerichtsurteil klipp und klar gesagt, dass wir offen sind für eine Kooperation und dass jede islamische Organisation eingeladen ist, mit uns zusammenzuarbeiten und zwar gleichberechtigt und diesem Aufruf sind auch relativ viele islamische Gemeinden ge-

folgt und dafür möchte ich mich recht herzlich bedanken. Nun, wieso Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen? Die Frage ist sehr wichtig und da möchte ich gerne einige Worte verlieren. Wir haben gesagt, dass Unterricht in den Moscheegemeinden stattfindet, dort wird Religionsunterricht in der Sprache vermittelt, die auch die Eltern sprechen, entweder auf türkisch, arabisch, bosnisch oder eine andere Sprache. Wir haben das Problem, dass die Kinder hier in der Bundesrepublik geboren sind und die deutsche Sprache besser sprechen als die Sprache ihrer Eltern bzw. ihrer Grosseltern und auf einmal wird die Religion in einer Sprache vermittelt, die man kaum kennt. Da werden Begrifflichkeiten erwähnt, bestimmte Handlungen aber man weiss nicht, was wirklich dahinter steckt. Man versucht diese religiöse Praxis anzuwenden, man wird gefragt, ja wieso machst du das und die Kinder wissen nicht, wie sie zu antworten haben. Sie kennen zwar diese Begrifflichkeiten aber entweder auf türkisch, arabisch, bosnisch oder in einer anderen Sprache. Wir sind der Meinung, dass der islamische Religionsunterricht in deutscher Sprache und vor allem an den öffentlichen Schulen dazu dienen kann, eine bestimmte Transparenz zu schaffen, eine bestimmte Offenheit darzulegen und vor allem tritt die Religion aus der Privatsphäre in die Öffentlichkeit ein und wir haben dann die Möglichkeit, über bestimmte Themen zu reden, die uns in der Vergangenheit eventuell gestört haben, die Vorurteile und Ängste hervorgerufen haben. Man sollte sich einmal vorstellen, in zehn bis fünfzehn Jahren werden wir lauter muslimische Kinder haben, die ganz genau ihre religiösen Traditionen, ihre religiösen Rituale artikulieren können, die gleichberechtigt in Diskussionen auftreten können und sich auch in der Schule wohlfühlen, aus dem einfachen Grund, weil in der Schule Werte vermittelt werden, die man in der Familie kennt, Werte vermittelt bekommt, die man auch privat versucht, anzuwenden und man hat das Gefühl, die Schule, wo man eine relativ lange Zeit verbringt, ist auch bereit, jemanden als gleichberechtigt anzuerkennen. Ich kann mich an meine Schulzeit erinnern, das liegt gar nicht einmal so lange zurück, wenn Religionsunterricht angeboten wurde, hatten wir frei. Wir haben selber auch des öfteren am evangelischen Religionsunterricht teilgenommen und haben da Geschichten gehört, die uns ziemlich bekannt vorkamen. Und zwar Geschichten, die auch in unserer Religion relativ wichtig sind. Wir haben da festgestellt, wieviel Gemeinsamkeiten wir haben. Je intensiver man sich mit der Religion beschäftigt, mit dem Islam, desto mehr hat man gesehen, dass das Christentum, das Judentum eigentlich gar nicht so fremd sind, wie wir uns das gedacht haben. Wir haben auch die Möglichkeit, vor allem mit der deutschen Sprache. Als ich mich anfänglich mit der Religion beschäftigt habe, habe ich versucht auf türkisch zu lesen und habe gemerkt, ich komme nicht besonders weit. Dann habe ich mir die Mühe gemacht und deutsche Bücher genommen, die von Muslimen geschrieben worden sind und auf einmal habe ich bestimmte Sachen viel besser verstanden und habe dann auch die Gemeinsamkeiten gesehen. Man benutzt bestimmte Begriffe, die auch in der Religion vorhanden sind und auf einmal sieht man, diese Begrifflichkeiten sind auch in der Gesellschaft da. Ansonsten kannte man nur den türkischen Begriff aber nicht wie es im Deutschen benutzt wurde und ich denke, dass so ein Prozess dazu führen kann, dass sich die muslimischen Kinder und Jugendliche sich in Zukunft mit dieser Gesellschaft identifizieren werden, dass sie diese Gesellschaft als ihre eigene betrachten werden und dass dadurch sehr positive Effekte hervorgerufen werden. Und deswegen halte ich es für notwendig, Kooperation zwischen Staat und den Anbietern des islamischen...

Johannes Kandel:

Da kommen wir noch drauf. Sie folgen einem Integrationsansatz, habe ich das richtig verstanden?

Burhan Kesici:

Ja.

Johannes Kandel:

Schönen Dank Herr Kesici. Ich möchte die nächste Frage an Herrn Kolat stellen. Herr Kolat ist ja hier in Berlin bekannt als Kritiker der Islamischen Föderation und in dem Zusammenhang, in dem er diskutiert, ist immer wieder von einem Modell „Islamkunde“ die Rede gewesen. Wie soll sich denn das unterscheiden von dem, was die Islamische Föderation offenbar integrativ vorhat?

Kenan Kolat:

Erst einmal möchte ich zur AG Migration einiges sagen. Die AG Migration ist eine in den Parteistrukturen verankerte Arbeitsgemeinschaft. Sie ist einmalig in Berlin und wir versuchen, solche Arbeitsgemeinschaften auch in anderen Bundesländern zu gründen. Die AG ist auch für alle offen, ich lade alle SPD-Mitglieder und der SPD nahestehende Personen ein, mit uns zu zusammenzuarbeiten. Das war die Werbung!

Zu der Frage „Brauchen wir einen Religionsunterricht?“ möchte ich sagen: wir brauchen Informationen über Islam in der Berliner Schule. In einer multireligiösen, multinationalen, multikulturellen, multilingualen Gesellschaft in Berlin darf es natürlich nicht vorkommen, dass der Islam seinen Platz in der Schule nicht annimmt. Das Problem ist, dass es theologisch, islamisch-theologisch einige Probleme gibt. Die Sure Fatiha, die ersten Verse sagen, ich lese erst einmal und dann werde ich das begründen, warum überhaupt eine Organisation, wie die Islamische Föderation oder andere Organisationen, einen islamischen Religionsunterricht nicht erteilen dürfen! *„Im Namen Allahs, des Gnädigen des Barmherzigen. Aller Preis gehört Allah, dem Herrn der Welten, dem Gnädigen, dem Barmherzigen, dem Meister des Gerichtstages. Dir allein dienen wir und zu Dir allein flehen wir um Hilfe. Führe uns auf den geraden Weg.“* Damit will ich sagen, dass es zwischen Gott und der Einzelperson überhaupt keine Organisation geben darf. Deshalb darf auch eine Organisation, wie die Islamische Föderation oder eine andere Organisation keinen Islamischen Religionsunterricht erteilen. Das ist theologisch begründet und insofern kommt ein Träger, ja sogar eine politisch-islamistische Organisation wie die Föderation gar nicht in Frage. Was machen wir nun? Das ist das Problem in diesem Land, wie Herr Böger gesagt hat, dass die Schöpfer des Grundgesetzes seiner Zeit gar nicht an den Islam gedacht haben. Deswegen bedarf es meiner Ansicht nach der Änderung des Grundgesetzes. Ich weiss, dass das nicht so einfach ist, in diesem Land ein Grundgesetz zu ändern. Eigentlich müsste man für den Bereich Islam andere Ansätze schaffen. Ich will ein paar Andeutungen machen. Aber zuerst zu der islamischen Föderation. Auch wenn Herr Kesici das sehr moderat nach aussen darstellt, hat er ja keine Rede gehalten, die den islamischen Religionsunterricht begründet, sondern den islamischen Traditionalismus begründet, religiöse Gebräuche, religiöse Rituale begründet, die im Islam für mich nicht existieren. Natürlich existierten Bräuche und Rituale, aber die kann man nicht mit dem Islam begründen, sondern das sind Traditionen in den jeweiligen Ländern.

Ich kann sehr viele Beispiele geben, dass, was wir als Islam denken, gar nicht zum Islam gehört und dass dies Traditionen sind. Traditionen sind für mich nicht der Islam. Zu den Vorstellungen, die ich da habe, möchte ich einiges sagen: es kann an einer deutschen Universität ein theologisches Institut, eine theologisch-islamische Fakultät gegründet werden. Diese Fakultät muss wissenschaftlich arbeiten und muss auch mit einem Beirat auswärtige Experten aus den jeweiligen islamisch-geprägten Ländern ausgestattet sein. Wir brauchen auswärtige Experten aus den entsprechenden Ländern. Dieses Gremium muss so zusammengesetzt sein, dass nicht die auswärtigen Staaten die Experten bestimmen, sondern die Universitäten in diesen Staaten, z.B. die theologische Fakultät der Istanbuler oder Ankara Universität, aus Ägypten, aus den anderen islamisch geprägten...

Johannes Kandel:

Herr Kolat, wenn ich Sie kurz unterbrechen darf. Worauf bezieht sich das jetzt? Bezieht sich das auf die Lehrerausbildung oder den Rahmenplan?

Kenan Kolat:

Beides!

Johannes Kandel:

Beides. Wir kommen auf diese Dinge noch im einzelnen zu sprechen.

Kenan Kolat:

Gut, ich beende dann. Einen kleinen Moment, das muss ich zu Ende führen. Und dieses Gremium soll als Ansprechpartner in der Bundesrepublik anerkannt werden, als wissenschaftliche Institution, die auch über islamische Theologie ihre Meinung sagen kann. Nur so können wir das Problem dieser Trägerschaft lösen. Man kann hieraus sowohl die Lehrerbildung als auch die Lehrinhalte bestimmen. Insofern gehört natürlich Islam zur Schule, wir müssen aber unterscheiden, weil die Diskussion immer mit der Islamischen Föderation läuft, also für mich kommt überhaupt keine Organisation als Träger dieses Unterrichtes in Frage. Wir müssen dort andere Wege versuchen. Bis wir das natürlich haben, haben wir die Rechtslage, wie sie ist, das ist uns bekannt, aber jetzt aus der AG Migration Sicht: da wir in unserer Arbeitsgemeinschaft sehr viele Kulturen, sehr viele Religionen haben, haben wir unter uns diskutiert, wie schaffen wir es in Berlin, dass mehrere Religionen und Kulturen, auch Verwandtschaften und Ähnlichkeiten zwischen ihnen existieren, einen gemeinsamen Unterricht zu organisieren. Darüber müssten wir auch diskutieren.

Johannes Kandel:

Religionsunterricht also als staatliche Veranstaltung ohne einen Träger, einen Mittler, wenn ich Sie richtig verstanden habe.

Herr Cinar, ich möchte das aufnehmen, was Herr Kolat gesagt hat und das Stichwort „Islamkunde“ noch einmal nennen. Es gibt ja auch in vielen Bundesländern einen türkisch-muttersprachlichen Ergänzungs-Unterricht, da kommt Religion auch vor. Wie unterscheidet der sich denn von so einem Modell, das mit dem Stichwort „Islamkunde“ angedeutet ist?

Safter Cinar:

Herr Kolat wird mir nicht übelnehmen, wenn ich darauf hinweise, dass der Vorschlag der „Islamkunde und Ethik“ vom Türkischen Bund stammt. Ich denke, dass das, was in den anderen Bundesländern läuft, z.B. in NRW, schlicht verfassungswidrig ist. Das wird auch unter der Hand zugegeben. Es kann nicht sein, dass Religion als Teil des muttersprachlichen Unterrichts angeboten wird. Deshalb gibt es ja auch in den Bundesländern Versuche, das wirklich sauber zu trennen. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt ist, wenn ich mir die Bücher – ob es nun NRW ist, Hessen oder Hamburg oder auch Bayern – anschau, dann stimmen die Überschriften und der Inhalt nicht überein. Dieser Unterricht wird „Religionskunde“, „religionskundliche Unterweisung“ oder so ähnlich genannt, aber es werden sunnitische Inhalte vermittelt. Wenn es sich um einen religionskundlichen Unterricht handelt, müssen alle Facetten der betreffenden Religion vermittelt werden. Der dritte Punkt ist, dass ein Teil dieser Bücher auch zu sehr – das hat natürlich damit zu tun, dass sie Teil des muttersprachlichen Unterrichts sind – am Türkischen orientiert sind. Ob nun Religionsunterricht oder Religionskunde, müsste der Unterricht am Glauben festgemacht werden, weder an der Herkunftssprache noch an dem Herkunftsland, weil das bei jeder Religion so ist, dass sie nicht an Nationalitäten gebunden ist, sondern auf dem Glauben basiert. Insofern, denke ich, sind diese Modelle nicht übertragbar und die laufen auch aus. Darf ich noch einen Hinweis zu unserem Vorschlag Religionskunde geben: uns ist klar, dass das nur eine Notlösung ist, weil solange die Rechtslage so ist wie sie ist, haben natürlich Organisationen, die dieser Definition entsprechen, das Recht ihren Religionsunterricht, also den bekennenden Unterricht, zu erteilen. Unser Modell zielt nur darauf, dass wir davon ausgehen, dass sehr viele Eltern möchten, dass ihre Kinder über ihre Religion informiert werden aber nicht unbedingt darauf scharf sind, dies von einer politischen Organisation zu erhalten. Herr Böger hat ja die Geschichte von Artikel 7, III Grundgesetz erwähnt, wobei es ja wohl bekannt ist, dass im ursprünglichen Entwurf sogar der Begriff „Kirchen“ vorkam, man dann in die Endfassung den Begriff „Religionsgemeinschaften“ genommen hat. Aber welchen Begriff man auch nimmt, wenn man auf eine Religion stößt, wie Herr Professor Heine gesagt hat, die solche Strukturen nicht kennt und in seiner tausendvierhundertjährigen Geschichte auch nicht hervorgebracht hat, steht man vor einem unlösbaren Problem, weil alle Organisationen im Islam, die gläubige Menschen organisieren, auch politische Hintergründe haben. Das ist unser Problem. Da stimme ich Herrn Kolat zu, obwohl Verfassungsänderungen lange dauern, ob nicht eine Ergänzung von Artikel 7, III GG erwogen werden kann, hier eine andere Lösung zu finden als krampfhaft nach irgendwelchen Organisationen zu suchen, die erstens letztlich am grünen Tisch gegründet wurden und zweitens alle einen politischen, teilweise sogar parteipolitischen, Hintergrund haben.

(verhaltener Beifall)

Johannes Kandel:

Schönen Dank. Herr Kaplan, die Aleviten werden ja von manchen Muslimen gar nicht als Muslime betrachtet. Wie sehen Sie sich selbst und wie beantworten Sie die Frage „Religionsunterricht“ aus alevitischer Sicht?

Ismail Kaplan:

Vielen Dank Herr Dr. Kandel. Sie haben mir ja auch die Möglichkeit gegeben, dass ich über die Aleviten kurz informiere. Das möchte ich gerne knapp tun...

Manfred Krämer:

Wir haben schon ganz viele Fragen und ein Teil bezieht sich auch darauf: Was sind Aleviten, insofern passt das jetzt ganz gut.

Ismail Kaplan:

Schätzungsweise leben in Deutschland 700.000 Menschen alevitischer Herkunft. In den letzten zehn Jahren sind sehr viele alevitische Gemeinden gebildet worden, die auch in der Föderation der Alevitengemeinden in Köln unter einem Dach vereinigt sind. Wir schätzen den Anteil alevitischer Kinder in Berlin etwa mit 15.000. Die Frage, ob wir einen islamischen Religionsunterricht brauchen, ist ja schon gesetzlich beantwortet. Die Religionsgemeinschaften können das bestimmen, bzw. können in Anspruch nehmen, Religionsunterricht zu erteilen. Wir brauchen Religionsunterricht aus unserer Sicht auch und dieser Religionsunterricht soll eigentlich auch Werte und Leitbilder vermitteln aus verschiedenen Kulturen, auch aus unserem Glauben, dem Alevitentum, um die Erziehung in der Familie zu unterstützen. Nach alevitischen Erziehungszielen kann ich aufzählen: Insbesondere Gleichheit kommt an der ersten Stelle, Solidarität kommt an zweiter Stelle, Toleranz und Gerechtigkeit. Das sind die Tugenden, die auch in unserem Glauben, im Alevitentum, sehr wichtig sind und dass die alevitischen Familien diese Werte auch in der Familienerziehung zu vermitteln versuchen. Um diese Werte, die ja auch generell geltende Werte sind in dieser Gesellschaft, verstärkt zu vermitteln, brauchen wir den Religionsunterricht und dieser Religionsunterricht soll ja nach geltenden Gesetzen, auch nach dem geltenden Grundgesetz organisiert sein. Das finden wir ganz gut und richtig. Der Inhalt dieses Unterrichts soll eigentlich von Religionsgemeinschaften in Zusammenarbeit mit dem Staat bestimmt werden. Danach erheben wir auch den Anspruch, dass Religionsunterricht in erster Linie für alevitische Kinder eingerichtet wird und der Inhalt soll nicht von irgendwelchen Gruppen oder Organisationen bestimmt werden, sondern von alevitischen Organisationen. Wir haben hier einen Dachverband und wir haben hier in Berlin das Anatolisch-Alevitische Kulturzentrum, das auch für andere, kleine Gemeinden spricht und diese Organisation wird sicherlich auch demnächst einen Antrag stellen. Ob es einen einzigen islamischen Religionsunterricht geben wird, hängt sicherlich davon ab, ob die islamischen Organisationen einen Konsens finden. Aber diesen zu finden, scheint im Moment sehr schwierig zu sein. Ich möchte das so begründen: insgesamt die überregionalen Organisationen - Islamrat und Zentralrat der Muslime – haben eine Kommission für islamischen Religionsunterricht gebildet und diese Kommission hat von vornherein alevitische Themen ausgeschlossen und gesagt, wir haben mit Aleviten nichts zu tun. Das finde ich nicht in Ordnung. Das ist möglich, dass eine Organisation so etwas beschließen kann aber sie kann nicht über alevitische Themen bestimmen, die in der Schule vermittelt werden sollen. Deshalb die Anforderung an den Staat, dass die Aleviten als Organisation selbstständig und gleichberechtigt behandelt werden sollen. Diese Organisation kann den Inhalt allein bestimmen und ich finde das sehr richtig, was Herr Cinar betont hat, dass der Religionsunterricht nicht mit muttersprachlichem Unterricht vermischt werden soll. Das tut man auch mit Deutschunterricht nicht. Dadurch wertet man Sprach-

und Religionsunterricht ab, sie sollten, meiner Meinung nach, getrennt werden. Bisherige „Religionskunde“ in NRW und Hamburg beinhaltet überhaupt keine alevitischen Themen, deshalb finden wir es sehr wichtig, dass die alevitischen Themen in solchen islamischen Religionskunden aufgenommen werden, wenn das überhaupt eine Lösung sein soll.

Johannes Kandel:

Vielen Dank Herr Kaplan. Herr Imal, in dieser ersten Fragerunde als letzter, Sie vertreten den Verband Islamischer Kulturzentren (VIKZ), eine Organisation, die hier in Berlin, wenn ich richtig informiert bin, neun Moscheen unterhält. Dort wird ja auch Koranunterricht erteilt. Der VIKZ hat auch einen Antrag auf Erteilung islamischen Religionsunterrichts gestellt. Eine Zeit lang sind Sie mit der Islamischen Föderation zusammen gegangen, dann haben Sie einen eigenen Weg eingeschlagen. Warum haben Sie einen eigenen Antrag auf Erteilung von Religionsunterricht gestellt?

Mustafa Imal:

Zunächst einmal vielen Dank für die Einladung. Ich selbst komme aus Köln, NRW, ich bin Mitglied der Kommission für Islamischen Religionsunterricht in NRW. Ich würde gerne ein paar Worte dazu sagen. Wir haben die Alevitengemeinden des öfteren eingeladen, um mit uns zusammenzuwirken. Diese Einladung wurde leider nicht angenommen. Von den Aleviten in Köln. Wir haben auch immer offen dazu aufgefordert, dass die Aleviten auch selber einen Antrag stellen für die Erteilung des islamischen Religionsunterrichts an den öffentlichen Schulen. Der VIKZ ist der Auffassung, dass hier, unter den einzelnen Organisationen, eine Einigung erzielt werden muss; Das haben wir bislang in Berlin probiert. Vor der Urteilsverkündung hatten wir auch unseren eigenen Antrag gestellt. Allerdings sah unser Projekt so aus, dass wir mit allen Organisationen zusammen, Herr Böger wird es auch bestätigen, diesen Religionsunterricht durchführen wollten. Das war kein Projekt von uns selbst, es sollte vielmehr alle Organisationen miteinbeziehen. Wir haben allerdings auch mit der Föderation verhandelt, bzw. sind immer noch in Verhandlungen, wie eine Zusammenarbeit aussehen könnte. Ich möchte im übrigen auch anmerken, dass wir erfreut sind über das Urteil; Zumindest gibt dieses Urteil Aufschluss darüber, wie eine Religionsgemeinschaft im Sinne der Weimarer Reichsverfassung nun auszusehen hat. Und die Islamische Föderation ist eine islamische Religionsgemeinschaft: Sie vertritt ihre Mitglieder. Der VIKZ hat auch eigene Mitglieder, die sie zu vertreten hat; Allerdings ist es nicht so, dass die Föderation eine andere Religion hat als die der VIKZ oder der Aleviten. Wir können uns gut vorstellen, mit der Islamischen Föderation zusammen zu arbeiten, Gespräche finden immer noch statt; Allerdings weiss ich nicht, wie weit sie zur Zeit gediehen sind. Darüber könnte Herr Tozlu vielleicht mehr sagen, aber sein Vater leidet an Krebs und deshalb musste er in die Türkei fliegen. Deswegen bin ich auch hier. Ich möchte auch, wenn Sie erlauben, kurz auf die Frage eingehen: Brauchen wir überhaupt einen Religionsunterricht? Aufgrund der Wertevermittlung an die muslimischen Kinder, aufgrund der Identitätsvermittlung – und Sie haben, Herr Böger, auch angesprochen, die Ängste und Besorgnisse bei der deutschen Bevölkerung, auch das kann durch die Erteilung von islamischem Religionsunterricht abgebaut werden, weil die islamischen Kinder ihre eigene Identität der anderen Seite besser im Dialog erklären können, sich mehr öffnen können. Deswegen sind wir auch der Auffassung, dass das in deutscher Sprache

zu erfolgen hat. Allein aus dem Grundsatz der Gleichheit mit den anderen Kirchen, katholische, evangelische und orthodoxe oder auch die jüdische Gemeinde, sollte hier ein islamischer Religionsunterricht möglich sein. Wer soll der Anbieter eines Religionsunterrichtes sein? Ganz klar: Religionsgemeinschaften. Im übrigen stimme ich mit Ihnen nicht überein, wenn Sie sagen, wir brauchen keine Organisationen. Es ist realitätsfremd. In Deutschland haben sich sehr viele Vereine entwickelt, die hier wirklich die Muslime vertreten. In Hessen gibt es einen IRH, wo alle Muslime auch persönlich selbst Mitglieder sind, insofern keine Spitzenorganisation, sondern eine Organisation persönlicher Mitgliedschaften der Muslime. Auch so etwas könnte man in Berlin einführen als Ansprechpartner für islamischen Religionsunterricht. Ich wünschte mir aber auch einen Ansprechpartner bei den Aleviten. Ganz kurz noch: Gleichheit, Toleranz, Gerechtigkeit sind Begriffe im Islam überhaupt. Nicht nur bei den Aleviten. Auch bei den Sunniten.

(Beifall)

Johannes Kandel:

Schönen Dank. Die Organisationsfrage ist eine sehr wichtige. So wie sie Toleranz betont haben, scheint ja das dialogische Prinzip als ein Bestandteil des islamischen Religionsunterrichts gewünscht zu sein. Jetzt möchte ich Manfred Krämer zu Wort kommen lassen, der mir signalisiert, dass es eine Fülle von Fragen gibt. Wir können die vorliegenden Fragen sicherlich auch gleich in den zweiten Themenkomplex hineinziehen: Lernziele, Inhalte, Themen und Didaktik.

Manfred Krämer:

Ich sage zuerst einmal etwas zum Umfang der Fragen. Ich habe vor mir vierzig Fragezettel. Auf den meisten Fragezetteln sind drei bis sechs differenzierte Fragen. Das heisst, an Hand der Fragen könnten wir jetzt einen Workshop von fünf Tagen beginnen. Es wird meine Aufgabe sein, die wichtigsten Fragen so zu bündeln, dass viele mit ihren Anliegen zum Zug kommen. Wenn ich aber irgendeine Detailfrage nicht einbeziehe, dann bitte akzeptieren Sie, dass ich versuche, intellektuell redlich, das Wichtigste hier vorzutragen aber bei der Fülle nicht alles leisten kann. Bitte haben Sie Nachsicht, wenn nicht alle individuellen Fragen zum Zug kommen.

Es gibt eine Reihe von Fragen zum zweiten und zum dritten Teil, rechtliche Fragen, didaktisch-methodische Fragen, die ich jetzt im ersten Teil ausklammere, sie sollen später erörtert werden.

Zum ersten Teil gibt es eine Fülle grundsätzlicher Fragen, die sich zum Teil wiederholen. Ich versuche sie hier vorzutragen. Es gibt eine Vorfrage zum Podium: „Ist die Tatsache, dass hier nur Männer auf dem Podium sitzen, eine Spiegelung des Frauenbildes im Islam?“

(Beifall)

Ich möchte dazu eine kurze Anmerkung machen. Meinen ersten Unterricht über den Islam habe ich von weiblichen Studierenden an meiner Schule bekommen. Ich bin ihnen sehr dankbar, denn die haben mich angeregt, mich differenziert als jemand, der eine christliche Lebensgeschichte hat, mit dem Islam auseinanderzusetzen.

Es gibt eine Reihe von Fragen, die sich auf den Träger eines künftigen islamischen Religionsunterrichts beziehen. Da ist einmal die Frage, wieso soll es eigentlich – an Herrn Böger gerichtet – einen Träger, einen Ansprechpartner geben, wenn – so lese ich hier von einem Fragenden – die christlichen Kirchen nicht ebenfalls aufgefordert werden, Träger eines christlichen Religionsunterrichts zu werden. Warum soll an den islamischen Religionsunterricht ein Anspruch gestellt werden, der an den christlichen nicht gestellt wird?

Dann wird die Frage nach dem Verhältnis von Glauben und Vernunft gestellt. Mehrere Fragende, aus ganz gegensätzlichen Positionen, stellen diese Fragen. Die einen stellen sie auf dem Hintergrund, dass vom Glaubensbekenntnis her nur gläubige Gemeinschaften diesen Unterricht ohne staatliche Kontrolle auf dem Hintergrund ihres Glaubensverständnisses erteilen können. Andere sagen, wenn dieser Anspruch, der erstere, erfüllt wird, dann könnten die Zeugen Jehovas, die Mormonen und jede christliche Sekte den gleichen Anspruch stellen. Wie soll denn hier eine Gleichbehandlung aussehen?

Zwischen diesen beiden Polen bewegen sich die meisten Fragen.

Weitere Fragen richten sich ganz eindeutig auf die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen. Dieser Fragekomplex nach der Jugend, nach dem, was Jugend braucht und vermittelt bekommt, wird, ist vielen Fragenden wichtig.

In diesem Zusammenhang steht auch die Grundsatzfrage: wie soll denn ein Islam, ohne Gebet, ohne Bekenntnis aussehen?

Es wird die These aufgestellt, dass ein Islamunterricht, der nicht das Glaubensbekenntnis zu dem einen Gott beinhaltet, kein Islamunterricht sein kann. So wie in der ersten Diskussion mit Herrn Huber und Herrn Sterzinsky auch die Frage nach Glauben und Bekenntnis gestellt wurde, so wird diese Frage hier an mehreren Punkten wiederholt. Wie kann ein Islamunterricht aussehen, der sowohl Bekenntnis als auch Wissensvermittlung über andere Religionen sein soll? In vielen Fragen wird ausdrücklich gefordert, dass die junge Generation die Möglichkeit bekommen muss, bevor sie selbst irgendwie glaubensmässig in eine festere Bahn kommt viele religiöse Informationen zu bekommen, so dass sie in der Lage sind zu vergleichen und auf dem Hintergrund von Wissen um verschiedene Religionen zur eigenen Entscheidung für aber auch gegen Religionen zu gelangen.

Es gibt dann eine Reihe von Fragen an einzelne Diskussionsteilnehmer. Da wird z.B. nachgefragt: Kann sich das alevitische Kulturzentrum überhaupt an dieser Diskussion beteiligen, da es sich oft an anderer Stelle als nicht-religiöse Gemeinschaft bezeichnet hat?

Viele fragen, ob nicht über das Anliegen Islamunterricht auch politische Gruppen versuchen, ihre politische Ideologie auf Kosten der jungen Generation durchzusetzen. Soweit zum ersten Themenkomplex.

Johannes Kandel:

Schönen Dank Manfred Krämer. Ich denke, die Fülle von Fragen zielen schon in das Zentrum unseres zweiten Fragekomplexes, wo Lernziele, Inhalte, Themen, Didaktik im Mittelpunkt stehen sollen. Islamunterricht im Spannungsfeld von Glaube und Vernunft, zwischen Wissensvermittlung und Bekenntnis, wie kann das eigentlich im Unterricht konkret aussehen? Herr Cinar.

Safer Cinar:

Vielleicht vorweg zu der Frage, warum nur *ein* Träger?. Ich glaube nicht, dass jemand die Behauptung aufgestellt hat, dass es nur einen Träger geben kann. Wir haben ja gehört, dass auch andere Organisationen darüber nachdenken, sich als Träger anzubieten oder schon aktiv geworden sind. Das entspricht auch der Rechtslage. Aber das ist, denke ich, grundsätzlich kein Problem, weil es auch für den Religionsunterricht für Christen mehr als einen Träger gibt. Der nächste Punkt: es geht ja nicht darum, dass bestimmte Organisationen Muslime vertreten, das ist nicht unser Problem. Unser Problem ist, ob diese Organisationen reine Religionsgemeinschaften sind. Und das wird nicht nur von mir verneint. Es kommt ja auch keiner auf die Idee zu sagen, die CDU soll Religionsunterricht erteilen, weil da ein „C“ davor steht.

(Beifall)

Insofern denke ich, geht es nicht darum, ob diese Organisationen Gläubige vertreten, das tun sie, ihre Mitglieder vertreten sie, so wie wir auch unsere Mitglieder vertreten. Die Frage ist nur, ob das reine Religionsgemeinschaften sind, wie man/frau sich im Christentum vorstellt. Zu der Aussage „selber entscheiden“ und „sich orientieren“. Da muss aufgepasst werden, worüber wir uns unterhalten. Religionsunterricht ist qua Definition bekennender. Jeder, der sein Kind da hinschickt, weiss auch, warum er oder sie das Kind dahinschickt. Dieser Unterricht wird natürlich auch das Bekenntnis zu dieser Religion beinhalten. Das hindert natürlich nicht daran, dass in diesem Unterricht über andere Religionen informiert wird. Die Frage nach einer Wertorientierung ist noch einmal eine andere Frage. Natürlich ist auch Religionsunterricht Wertorientierung, aber in Anführungszeichen „einseitig“. Der Wertunterricht, den andere meinen, soll ja diese unterschiedlichen Werte, sofern sie grundgesetzkonform sind, vermitteln, aber das ist dann kein Religionsunterricht, weil er nicht bekennend ist. Einen letzten Punkt noch. Die Frage, wie frei die Träger sind. Vorweg, damit ich nicht von meinen Mitgliedern Prügel kriege in der Frage, ob der Religionsunterricht in Berlin nach Artikel 23 weitergeführt werden soll wie nach Herrn Bögers Vorstellungen als ordentliches Wahlpflichtfach, dazu hat der Türkische Bund keine Position. Aber natürlich führt der Religionsunterricht nach Artikel 7, III, GG insofern in dieser Frage einen Schritt weiter, weil es ein ordentliches Lehrfach ist, zwar im Einvernehmen mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften, aber nur solange es alles verfassungskonform ist, aber andererseits auch unbeschadet der staatlichen Schulaufsicht. Das wäre in dieser Frage sicherlich ein gewisser Vorteil, weil das Berliner Modell, wenn mal die Lehrpläne dargelegt sind, überhaupt keine Einflussmöglichkeit der Schulverwaltung weder schulaufsichtlich noch sonstwie vorsieht. Ich denke auch nicht, dass die Organisationen, die für den islamischen Unterricht in Frage kommen, ihren Unterricht unbedingt sehr politisieren wollen. Da sind sie zu klug. Aber schon, dass eine politische Organisation den Status einer Religionsgemeinschaft bekommt, das ist das Problem. Und jetzt zum Schluss, weil das Alevitische Kulturzentrum auch unser Mitglied ist. Es geht nicht darum, ob die Aleviten sich als Muslime begreifen oder nicht, das entscheiden sie selber. Aber Artikel 23 Schulgesetz sagt ja auch „Weltanschauungsgemeinschaften“. Egal wie sich die jeweiligen Aleviten begreifen, sie würden unter Artikel 23 fallen, entweder als Religionsgemeinschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft. Was sie sind, das entscheiden natürlich die Aleviten selber und nicht andere.

Johannes Kandel:

Vielen Dank, Herr Cinar. Herr Kesici, dieses Spannungsfeld: Glaube, Vernunft, Wissensvermittlung, bekennender Religionsunterricht und dialogisches Prinzip. Nach dem Stand moderner Religionspädagogik wird es vorkommen, dass auch der Koran befragt werden muss. Er wird interpretiert, ausgelegt, auch kritisch befragt. Steht das nicht im Widerspruch zu einem orthodoxen Islamverständnis, das dem Muslim doch eigentlich nur die Rolle des Anbetenden zubilligt?

Burhan Kesici:

Ich sehe darin keinen Widerspruch. Erstens müssen wir uns darüber klar sein, was Religion überhaupt bedeutet, was Religion beinhaltet und vor allem, was das Ziel einer Religion ist. Im Koran gibt es einen Vers, der besagt: es gibt keinen Zwang in der Religion. Niemand kann dazu gezwungen werden, die Religion auszuüben, genauso kann niemand dazu gezwungen werden, eine Religion anzunehmen. Ich will jetzt keine theologischen Diskussionen anfangen aber wenn wir in die islamische Geschichte hineinsehen, so werden wir sehen, dass die Freiheit der Religionen eine sehr wichtige Rolle spielte und das gehört auch zu den Grundrechten. Ich finde, dass Religion und Vernunft sehr gut zusammenpassen und zwar sollte jeder religiöse Mensch auch Vernunft haben, ansonsten kann er diese Religion nicht leben. Ein Ziel des islamischen Religionsunterrichtes ist es, dass die Kinder mit den Quellen des Islam, mit den Quellen ihrer Religion umgehen lernen, dass sie selbstständig bestimmte Sachen lesen und interpretieren können und damit zu selbsthandelnden und denkenden Kindern werden, was auch im § 1 des Schulgesetzes steht. Die Kinder müssen den Umgang lernen, sie müssen nicht alles akzeptieren, was die Lehrer sagen oder was die Imame sagen oder was die Eltern sagen, sondern sie müssen den Zugang zu den Quellen haben und es ist immer erstaunlich, je mehr die Jugendlichen lesen, desto mehr sehen sie, dass in ihrer Umgebung falsche Praktiken stattfinden. Dass sehr viele Missverständnisse einfach daraus entstehen, weil die Muslime selber ihre Religion anders leben als es im Koran und in der Sunna festgehalten ist. Da können wir mit dem Religionsunterricht in den Schulen sehr viel zu beitragen. Ich möchte gerne zu dem Ansprechpartner noch etwas sagen. Wir haben ja den § 23 Schulgesetz und wir als Föderation sind der Meinung, solange wie wir dieses Gesetz auch haben, soll auch jede Religionsgemeinschaft das Recht haben, Religionsunterricht anbieten zu können. Die Vielfalt ist dahingehend gut, dass man sagt o.k. wie gestalten wir das am besten, wie können wir das am besten machen. Nicht jeder muss seinen Kindern in den Religionsunterricht schicken. Er kann sagen o.k. mit dieser Organisation möchte ich nichts zu tun haben. Seit zwanzig Jahren versucht die Islamische Föderation die Anerkennung als Religionsgemeinschaft zu erhalten, wir haben das jetzt auch erreicht und ich glaube, dass die Föderation in zwanzig Jahren genügend Öffentlichkeitsarbeit gemacht hat und genügend sich auch bewiesen hat, so dass wir zu den Vorwürfen der politischen Organisationen keine Stellung nehmen, weil, das haben die Gerichte anerkannt.

Johannes Kandel:

Die Gerichte haben sie als Religionsgemeinschaft anerkannt, die Fragen bleiben aber, denn ein Gericht kann ja nicht Fragen und kontroverse Debatten in der Gesellschaft abschneiden. Die Frage wird an Sie sicherlich weiter gestellt, wie das Verhältnis von Religion und Politik in Ihrer Organisation ist, wie es sich denn mit Ihrer Nähe zu Milli

Görüs verhält? In jedem Religionsunterricht werden ja auch Fragen angesprochen, die die Gesellschaft berühren, es werden ethische Fragen aufgeworfen. Da gibt es denn Nachfragen zum ethischen Gerüst Ihres Unterrichts und der Behandlung gesellschaftlicher Probleme im Unterricht, auf die Antworten gegeben werden müssen.

Ich interveniere deshalb, weil Herr Krämer noch weitere Fragen hat.

Manfred Krämer:

Einige Fragen an Herrn Kolat beschäftigen sich mit dem Verhältnis von Religion und Politik, welche Bedeutung hat für Sie diese Polarität?

Herr Kesici wird gefragt, wie gehen Sie mit dem religiösen Wissen anderer Religionen um, welchen Stellenwert hat die Vermittlung von christlich-jüdischen Traditionen? Welchen Stellenwert hat die Vermittlung von religionskritischen Entwicklungen, die wir in Europa haben, z. B. die marxistische Religionskritik? Werden solche auch grundsätzliche Anfragen an die Religion und ihre gesellschaftliche Funktion zugunsten eines Bekenntnisglaubens ausgeblendet oder werden auch diese Fragen in Ihrem Konzept des Islamunterrichts durchgearbeitet.

Es gibt dann eine Reihe von politischen Fragen, z.B. ganz konkret über die Rolle der Aleviten in der Türkei. Es wird gefordert, zu den Massakern der Türken an den Aleviten Stellung zu nehmen.

Johannes Kandel:

Herr Kolat bitte.

Kenan Kolat:

Zuerst zu der Fragestellerin, wahrscheinlich, warum überhaupt keine Frau am Podium sitzt. Diese Frage ist berechtigt, aber ich erwarte, dass diese Frage bei anderen Veranstaltungen genauso gestellt wird, wenn hier nur noch Männer sitzen. Ich bin gläubiger Muslim, ich bin Laizist...

(Gelächter und Unruhe)

...und bin für die strikte Trennung von Religion als Bekenntnis, als Glaube, als Kultur und auf der anderen Seite Politik. Warum gibt es innerhalb der türkischen community soviel Protest gegen die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, bzw. des Oberverwaltungsgerichts? Fast alle Organisationen in der Berliner Szene der Türken haben dagegen protestiert. Wieso gibt es diesen Protest? Alle wissen, dass diese Organisation, die Islamische Föderation, natürlich von Milli Görüs gelenkt wird, das wissen alle Menschen in dieser Stadt.

Johannes Kandel:

Herr Kolat, hier wird mir gerade die Frage schriftlich präsentiert, wer oder was Milli Görüs eigentlich ist, vielleicht können Sie das gleich sagen.

Kenan Kolat:

Ja, die islamische Milli Görüs ist eine Organisation, die ihre Wurzeln in der Türkei hat und sich schon lange gegen die Reformen von Kemal Atatürk gewandt hat, die gegen den Laizisierungs- und Säkularisierungsprozess stehen und für einen islamischen Staat

eintreten. Die Entwicklungen in der Türkei sind jetzt ein bisschen anders, da gibt es auch Richtungen innerhalb dieser Partei – der Refah Partei; geht die Partei den Weg zu einer islamisch-demokratischen Partei oder bleibt sie eine fundamentalistische Partei, diese Diskussion läuft in dieser Organisation und ich finde, dass durch diese Diskussion auch dieser Prozess beeinflusst wird. Das Problem im Islam ist, dass wir uns in einem vehementen Säkularisierungsprozess befinden. Das hat das Christentum schon hinter sich. Das Problem des bekennenden Islamunterricht liegt gerade darin. Ich gebe ganz konkrete Beispiele. Aber bevor ich zu diesen Beispielen komme, möchte ich zum Oberverwaltungsgerichtsurteil auch einiges sagen. Das Oberverwaltungsgerichtsurteil erkennt ja, dass die Islamische Föderation – das war ja die Diskussion, ob es einen Konsens und das OVG hat gesagt, auch Koran und Sunna reichen für einen Konsens aus. Also, es können gar nicht andere Organisationen kommen und sagen, wir beziehen uns auf Koran und Sunna, weil, dann wird man sagen, es gibt ja diese Organisationen nicht, also dieser Alleinvertretungsanspruch bzw. die Entscheidung des OVG ist für mich völlig daneben, völlig falsch aber wir müssen uns da beugen natürlich. Weil die Islamische Föderation von einem ökumenischen Religionsverständnis ausgeht und aber unter ihren Mitgliedern überhaupt keine Aleviten hat und dann für alle Muslime in der Stadt spricht, das ist natürlich das Problem. Ich gebe mal Beispiele zum Inhalt. Der Inhalt des Religionsunterrichts wird nicht das Problem sein. Die Probleme werden erst anfangen, wenn die Kinder, die Schüler Fragen stellen und was der Lehrer dann dazu sagt, da wird es anfangen. Welchen Islam wollen wir eigentlich lehren? Wollen wir z.B., wenn das Kind fragt, was ist mit dem Schleier, soll ich einen Schleier tragen, soll meine Mutter einen Schleier tragen, was passiert denn im Iran...

(Unruhe, Zurufe, Widerspruch)

...ja, ja dazu kommen wir gleich. Das ist ja das Problem. Gibt es bei Verstößen gegen die Kleidervorschrift im Iran 74 Peitschenhiebe zu verpassen? Oder gibt es in Afghanistan sogar die Todesstrafe? Was sagt die Islamische Föderation zu den Vorwürfen? Ich will das mal hören! Zum Schwimmunterricht, Sexualkundeunterricht, Sportunterricht, was sagt die Islamische Föderation dazu?

(Beifall)

Ich gebe mal Beispiele. Es gibt einen Rahmenplan, der eingereicht worden ist. Ich lese erst einmal. Zentrales Thema Gesundheit und Sport. Nicht von der Föderation. „*Sport treiben ist ein Gebot unseres Propheten. Die Eltern sollen ihren Kindern das Schwimmen beibringen. Unser Prophet hatte eine grosse Vorliebe für Sport. Er veranstaltete gemeinsam mit Frauen Wettrennen, Ringkämpfe und lobte jede Sportart, bei der es auch auf das Ziehen ankommt.*“ So. Das ist ein Angebot von Professor Yasar Nuri Öztürk, das an die Senatsverwaltung gegangen ist. So, wenn ich das als Grundlage nehme, dann muss ich sagen, o.k., die Töchter gehen auch in den Schwimmunterricht mit Männern. Was sagt die Föderation dazu? Was sagen die Eltern dazu? Das will ich mal hören. Das ist das Problem! Zum Opferfest: Tiere zu opfern – ist es eine religiöse Pflicht? Oder ist es eine Kann-Regelung? Oder ist es das Verkaufen...

(neue Unruhe und erregte Zwischenrufe)

ja, Moment, ...

(fortgesetzte Unruhe, heftiger Widerspruch von einigen Besuchern)

Johannes Kandel:

Herr Kolat wird das jetzt zu Ende führen. Sie können gerne Fragen einreichen. Herr Kolat spricht ja einige sehr kritische Punkte an, und Sie werden sich das auch anhören müssen, das kann man später kontrovers diskutieren. Bitte Herr Kolat!

Kenan Kolat:

Ist das Opferfest, das wir gefeiert haben, ist es wirklich eine Pflicht, Tiere zu opfern? Es gibt eine breite Diskussion in der Türkei darüber. Es gibt Theologen, die sagen, das braucht man nicht, das ist falsch.

(Weitere Zurufe und Versuche, den Redner zu unterbrechen)

Johannes Kandel:

Herr Kolat, wir sprechen über den islamischen Religionsunterricht und Sie haben eine Reihe von kritischen Anfragen an den Islam allgemein gerichtet und gefragt, wie das wohl im Unterricht thematisiert wird. Das ist ja die Problematik. Wir brauchen das jetzt nicht in extenso auszuweiten, ich denke, wir wissen auch alle, worum es geht und wir haben diese kritischen Fragen wohl verstanden und bewegen sie auch.

Kenan Kolat:

Einen kleinen Moment noch. Ich wollte damit zeigen – und an der Reaktion von einigen hier im Publikum zeigt sich es schon – dass wir in dieser Frage nicht in den Dialog kommen. Ich wollte das deswegen anbringen, damit wir darüber diskutieren. Wir haben gar nicht darüber diskutiert! Man gibt hier ein Bild vom Islam ab, was gar nicht stimmt! Und das möchte ich klarstellen. Ich bin für einen islamischen Religionsunterricht in der Schule aber nicht durch politische Organisationen, die versuchen, Akzeptanz zu gewinnen, sondern wir brauchen das für den Islam und für den Islam brauchen wir diese Organisationen nicht!

(Beifall)

Manfred Krämer:

Das, was sich jetzt hier zwischen uns abspielt, findet sich auch in den Fragen wieder. Viele fragen, wie sieht es eigentlich mit dem Verhältnis von Bekenntnis und Toleranz aus? Wird der zum Bekenntnis erzogene Schüler gleichzeitig zur Intoleranz gegenüber anderen Meinungen, zum Abblocken von kritischen Fragen erzogen oder gibt es auch eine Erziehung zu einem Bekenntnis – ob christlicher, jüdischer oder muslimischer Art, das den Bekennenden gleichzeitig, zu einer grösseren Toleranz gegenüber anderen Meinungen befähigt, ohne dass er sie selbst synkretistisch vermischen muss. Können wir zugunsten der Zukunft unserer Kinder in unseren Lerngruppen Kinder mit unterschiedlichen Glaubensorientierungen so erziehen, dass sie sich nicht gegenseitig abwerten und denunzieren, sondern befähigt werden, auf dem Hintergrund eines tiefen Glaubensverständnisses offen für andere Meinungen, andere Positionen und

für die Wertschätzung des gerade Andersdenkenden zu sein? Kann der Satz, die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden, ein Leitsatz für einen offenen Religionsunterricht, auch Islamunterricht, sein?
Das war mein Versuch, viele Fragen zu bündeln.

Johannes Kandel:

Wunderbar. Herr Kaplan ist dran, dann Herr Imal, Herr Heine und dann Herr Kesici, bitte sagen Sie auch etwas zu dem, was Herr Kolat hier kritisch angemerkt hat.

Ismail Kaplan:

Ja, ich möchte das gerne ausweiten, was Herr Kolat gesagt hat. Ich möchte dazu ein Beispiel geben. Nach dem Wertesystem im Alevitentum, 4 Tore und 40 Stufen, bedeutet eine Stufe etwa so: Anerkennung anderer Religionsgemeinschaften, nicht nur als Lippenbekenntnis! Das sind Werte, die in einem alevitischen Unterricht an Kinder vermittelt werden sollen. Daher sehe ich z.B. mit alevitischen Inhalten diese Situation nicht. Man kann und muss auch kritische Frage stellen. Der sunnitische Islamunterricht sollte auch Fragen behandeln, z.B. gemeinsam Beten mit Frauen und Männern. Das ist im Alevitentum drin, die Frauen und Männer beten gemeinsam und die Kinder in der Schule hier lernen gemeinsam – Koedukation – und die Frage muss auch da behandelt werden, ob die Mädchen und Jungen in einem islamischen Religionsunterricht auf Scharia Basis gemeinsam lernen werden. Es wurde auch nach der Geschichte der Aleviten gefragt und einige Massaker erwähnt. Ich habe keine Probleme mit dem sunnitischen Islam, ich habe keine Probleme mit sunnitischen Geschwistern, ich habe aber ein grosses Problem mit Scharia-Anhängern. Das waren gerade diejenigen, die an Massakern gegen Andersdenkende und Andersinterpretierende beteiligt waren, also auch gegen Aleviten. Die islamischen Organisationen müssen auch darauf Antworten geben, was wird gelehrt, wenn es um gemeinsames Beten geht, wenn es um das Strafsystem geht, nach Scharia-Strafsystem oder nach dem Strafsystem in dieser Gesellschaft. Wonach sollen die Kinder lernen, ob es Alternativen gibt? Alles sind kritische Fragen, die noch nicht behandelt wurden. In einem Religionsunterricht, unter anderem mit alevitischen Themen, sehe ich da überhaupt kein Problem. Das strenge Strafsystem nach Scharia und das strenge Erbrecht nach Scharia gibt es im Alevitentum nicht. Daher stellt sich diese Frage nicht. Wenn es um das Kopftuch geht; meine Mutter trägt auch das Kopftuch. Das ist kein Religionsthema, sondern das ist dann einfach die Gegebenheit im Dorf oder woanders. Es gibt Themen in islamischen Ländern, die nachhinein auf den Islam übertragen worden sind und gesellschaftliche Probleme verursachen. Sie müssen ganz offen diskutiert werden. .

Mustafa Imal:

Wir sprechen hier über Religionsunterricht, nicht über Ethik, nicht über Sozialkunde...

(Beifall)

...nicht über Gemeinschaftskunde. In einem Religionsunterricht sollen die Werte der jeweiligen Religion beigebracht werden. In einem christlichen, die christlichen-abrahamitischen oder die jeweils anderen. Die Lehrpläne werden sowieso vom Schulamt kontrolliert, ob diese auch mit den Prinzipien der demokratischen Grundordnung

übereinstimmen. Insofern sehe ich da keine Bedenken, was die eingereichten Lehrpläne betreffen. Sei es nun vom Zentralrat der Muslime in Deutschland, zusammen mit dem Islamrat oder auch von der Islamischen Föderation. Es fragt ja auch keiner, ob der katholische oder orthodoxe Religionsunterricht an den Schulen kritische Betrachtungsweisen vermittelt oder ob es da andere Inhalte gibt. Natürlich, wenn Sie die Lehrpläne anschauen, sind da alle abrahamitischen Religionen untergebracht. Es wird Wissen über andere Religionen weitergegeben. Aber Herr Kolat, wir befinden uns hier in Deutschland, weder in der Türkei, noch im Iran, noch sonstwo.

(Beifall und Widerspruch)

Hier haben sich... Auf der anderen Seite...wenn Sie erlauben – auf der anderen Seite sitzt hinten in der letzten Reihe unser Bischof von Berlin, er kann Ihnen vielleicht Näheres über den Islam oder islamwissenschaftliche Kenntnisse weitergeben. Sie sprechen hier in der Sprache von Minderheiten. Warum sind hier in Berlin keine Aleviten vertreten? Sie wollten es nicht, wir haben es Ihnen angeboten. Sie sagten, „wir brauchen keinen Religionsunterricht.“ Warum ist hier DITIB nicht vertreten? Sie hat auch gesagt, „wir möchten das nicht.“ Die einzigen Organisationen, die weiterhin in Verbindung stehen, ist der Verband Islamischer Kulturzentren und die Islamische Föderation. Die anderen hatten das gar nicht vor, hier etwas einzubringen. Wir sprechen hier über islamischen Religionsunterricht. Und die Ausführungen von Herrn Kaplan beweisen mir auch, dass es in jedem Fall auch einen alevitischen Religionsunterricht geben muss. Ich habe mir die Lehrpläne von Ihrer Zentrale angeschaut. Ihre Vorstellungen sind: Aleviten beten nicht. Sunniten beten fünf Mal am Tag.

Ismail Kaplan:

Wo haben Sie denn gelesen, dass die Aleviten nicht beten? Ich verstehe das nicht!

Mustafa Imal:

Sie können die Lehrpläne von Ihrer Zentrale einsehen.

(Beifall)

Ismail Kaplan:

Ich habe das selber mit anderen geschrieben, so etwas haben wir nie geschrieben. Das finde ich nicht in Ordnung!

Mustafa Imal:

Es sind Anzeigen in den Medien...

Johannes Kandel:

Herr Imal, wir haben hier noch die spannende Frage offen, wie ist das Verhältnis von Bekenntnis und Toleranz und den Inhalten. Ich möchte Sie bitten, dazu noch etwas zu sagen, die Zeit wird knapp, wir haben noch viele Fragen beim Anwalt des Publikums.

Mustafa Imal:

Die Erziehung zur Toleranz ist einer der Grundzüge des islamischen Glaubens. Im Reli-

gionsunterricht selber werden wissenswerte Dinge über alle anderen Religionen, alle abrahamitischen Religionen zumindest, vermittelt. Bekenntnis oder nicht? Ich nehme an, Sie möchten auf Religionskunde hinaus. Wir sind der Auffassung, dass islamische Wertevermittlung nur mit Bekenntnisinhalten weitervermittelt werden kann. Nur Religionskunde reicht hierbei nicht. Das sieht man auch in Nordrhein-Westfalen. Hier nehmen an den Angeboten nur ca. 5% der Kinder teil, obwohl Millionen DM investiert wurden.

Manfred Krämer:

Es sind mehrere Fragende, die wissen möchten, ob in einem islamischen Unterricht die anderen Religionen vorgestellt werden? Auf dem Hintergrund, dessen was Sie jetzt eben für sich postulieren, wird die Frage zu stellen sein, welchen Raum bekommen Vertreter anderer Religionen, vor den islamischen Schülern ihr Bekenntnis zu vertreten. Das ist eine Frage, die in vielen Punkten auftaucht: Gibt es eine Möglichkeit, dass auch im Ethikunterricht, falls es keinen Religionsunterricht gibt, im katholischen oder evangelischen Religionsunterricht oder jüdischen Unterricht und jetzt eben auch die Frage an Herrn Imal und an den islamischen Unterricht, gibt es eine Möglichkeit, dass Vertreter anderer Religionen ihre Positionen darstellen können, so dass die Schüler eine Chance zum eigenständigen kritischen Vergleich haben oder werden immer nur Religionsvertreter den Anspruch stellen, aus ihrer Glaubenssicht jeweils die anderen zu beurteilen?

Es geht also um die Pluralität des Angebots und der Information.

Mustafa Imal:

Zu dieser Frage selbst. Verzeihung, das findet bereits statt. In Bayern findet muttersprachlicher Ergänzungsunterricht statt in Zusammenarbeit mit dem türkischen Staat. Da hat sich allerdings auch eine Religionskunde an den Schulen herauskristallisiert. In deutscher Sprache. Und da besuchen islamische Theologen christlichen Unterricht und umgekehrt christliche Theologen den islamischen Unterricht. Also ist es durchaus praktikabel.

Johannes Kandel:

Gut. Herr Heine und Herr Kesici. Noch zu diesem Komplex.

Peter Heine:

Ich will auf einiges aufmerksam machen. Das eine ist, das ist jetzt wieder so herausgekommen, als verschiedene Themen angesprochen worden sind, Kopftuch usw. Man muss zunächst einmal – und ich nehme jetzt ein ganz neutrales Beispiel – doch darauf hinweisen, dass die Positionen unterschiedlicher islamischer Rechtsgelehrter, ich ergänze, unterschiedlicher sunnitischer Rechtsgelehrter, beispielsweise zur Frage von Lebensversicherung sehr, sehr unterschiedlich sein kann. In diesem Kontext haben wir wirklich das zentrale Problem, dass man schon bei der Beschreibung von Islam hat. Wer kann mir hier präzise sagen, in einem bestimmten sozialen Bereich – und wir müssen immer bedenken, dass alles, was der Muslim macht, vor Gott gewogen wird – darf ein Muslim Aktien kaufen? All diese Dinge werden durchaus unterschiedlich diskutiert – und zwar gegenwärtig – nicht vor dreissig Jahren oder so, sondern heute – in unterschiedlichen islamischen Tageszeitungen. Sie können diese fatwas überall lesen.

Das ist das Problem. Jetzt ist meine Frage, und das ist eine praktische Frage an die Pädagogen, wenn ein Kind kommt und fragt: Ja, mein Vater will jetzt T-Aktien kaufen, darf er das? Was machen Sie da? Was macht dann der Pädagoge? Die werden das sicher lösen können, Pädagogen lösen das ja alles, das ist ja bekannt.

(Heiterkeit und Beifall)

Um deutlich zu machen, wo das Problem eigentlich liegt. Das eigentliche Problem: wir haben im Islam – im Unterschied zur katholischen Kirche beispielsweise nicht dieses Lehramt, wo gesagt wird: „Roma locuta causa finita“ – Rom hat gesprochen, die Sache ist erledigt – auch, wenn das vielen Katholiken dann nicht passt. Das ist die andere Sache dabei. Auf das wollte ich nur hinweisen als das grundsätzliche Problem in diesem Zusammenhang. Und dann noch auf ein anderes und das ist mir im Grunde viel wichtiger: Wissen Sie, meine Damen und Herren, was wir hier erleben, das ist ein ganz spannender Vorgang. Erstens einmal, hier hat heute abend niemand gesagt, deutsch soll nicht Unterrichtssprache in was auch immer für einem Religionsunterricht oder Unterweisung wie sein. Das ist eine ganz interessante Entwicklung, die wir vor zehn Jahren so noch nicht hatten. Das ist mal eines.

(Zuruf DITIB!)

Leute, die hier nicht sind, können sich hier auch nicht vertreten. Ich stelle ja nur fest, was hier jetzt gesagt worden ist. Die Deutsch-Frage ist schon wichtig. Aber der andere Punkt in dem Zusammenhang: Hier verändert sich – und darüber müssen sich sowohl die muslimischen Mitbürger wie die nicht-muslimischen klar sein, hier verändert sich natürlich auch der Islam in Deutschland, d. h. wenn hier eine Organisation hingeht, ob das den einen passt oder nicht, das ist egal, und sich auf das System hier einlässt, in dem es Anträge stellt z.B., dann ist das schon eine ganz erhebliche Veränderung des islamischen Systems so wie wir es beispielsweise aus Malaysia kennen. Das ist wichtig. Und ich glaube daher, dass wir auf diese Art auf dem Weg sind zu dem, was man jetzt vielleicht einen deutschen oder einen europäischen Islam nennen könnte. Und das macht mich jedenfalls trotz aller Kontroversen doch ganz optimistisch für die Zukunft.

(Beifall)

Burhan Kesici:

Es gibt relativ viele Fragen, auf die wir eine Antwort finden müssen. Wir werden das heute bei diesem Podium nicht schaffen, aber es gibt ja andere Plattformen. Es ist erstaunlich, was für Fragen hier gestellt werden, selbstverständlich sind alle Fragen wichtig, aber ich bitte doch eins zu bedenken und zwar – jetzt werde ich wieder Kritik ernten, aber ich sage es trotzdem –: Wir sollen die Realität wahrnehmen und daran denken, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland sind, dass wir in Berlin sind und was in anderen Ländern passiert, das interessiert mich genauso wenig wie andere Sachen. Ich gebe mal ein Beispiel: gerade wenn man jetzt die Türkei als Beispiel gibt. In den letzten drei Jahren, wo ich in der Türkei war, bin ich immer vor dem Flugdatum zurückgekommen, weil mich das z.T. gestört hat, was da so alles abläuft. Die Türkei ist für mich so fremd wie München oder eine andere Stadt, ich bin hier in Berlin

geboren und fühle mich auch dementsprechend. Deswegen sollte man versuchen, auch wirklich sachgerecht zu reden. Ich war gestern bei einer anderen Podiumsdiskussion und zwar von einer anderen Partei und da wurde von einigen Politiker kritisiert: Ja, wieso braucht die Einführung des islamischen Religionsunterricht zwanzig Jahre. Man hätte das Anfang der achtziger Jahre einführen können. Ich sagte, ich bin relativ froh, dass wir zwanzig Jahre gebraucht haben für den Religionsunterricht. In diesen zwanzig Jahren sind sich die Religionen näher gekommen, sind sich die Personen näher gekommen, aber es gibt trotzdem Konflikte. Stellen wir uns vor, was wäre passiert, wenn man 1980 den Religionsunterricht angeboten hätte. Damals waren die Fronten viel stärker und damals war auch das Bewusstsein, dass die Muslime langfristig hier leben werden, gar nicht da. Wenn ich so berichtet bekomme, was in den achtziger Jahren gewesen ist, dann sage ich, o Gott, ich bin froh, dass wir es heute geschafft haben. Und das sollten wir auch ausnutzen. Wir wollen hier den islamischen Religionsunterricht anbieten und auch dementsprechend befragt werden. Es wurden hier Fragen gestellt, wie stehen wir zum Schleier, Schwimmunterricht, Kopftuch, Opferfest und Ähnliches. Der Islam gibt hier Anzeichen, aber der Religionsunterricht hat nur die Möglichkeit, den Kindern zu sagen, was der Islam sagt, was der Koran dazu sagt, die Sunna dazu sagt. Ob das nun praktiziert wird oder nicht, das liegt doch in der Obhut der Kinder und in der Obhut der Eltern und wie ich am Anfang gesagt habe, es gibt keinen Zwang in der Religion. Man kann die Kinder nicht zwingen: jetzt wird das oder jenes gemacht, sondern man sagt Koran und Sunna sagen folgendes...

Johannes Kandel:

Herr Kesici, der Lehrer weiss doch auch, dass es verschiedene Auffassungen gibt über diese Fragen. Es gibt doch sehr verschiedene Positionen. Er kann es doch nicht den Eltern überlassen, wenn die Kinder ihn fragen!

Burhan Kesici:

Nehmen wir ein praktisches Beispiel und zwar mit dem Opferfest. Muss geopfert werden oder nicht? Ist das eine religiöse Pflicht oder nicht? Dann sagt man zu den Hanifiten: hört mal zu, es ist keine Pflicht, sondern es ist gut, wenn ihr es macht, zu den Schafiiten sagt man, es ist semra (???), also ihr könnt es machen, ihr müsst es nicht und nun haben die Kinder selber darüber zu entscheiden, ob die das machen oder nicht machen, man kann sie ja nicht zwingen: du musst das machen!

Manfred Krämer:

Es gibt Fragen, die in den Alltag des Unterrichtsgeschehens eingreifen. Hier wird z.B. die Frage gestellt, wie steht die Islamische Föderation zum Schleiertragen und zum gemeinsamen Schwimmunterricht für Jungen und Mädchen? Welche Auswirkungen haben bestimmte Anforderungen für die Entwicklung von Lerngruppen, in denen Jungen und Mädchen gemeinsam unterrichtet werden. Können Sie dazu auch etwas sagen?

Burhan Kesici:

Es ist so, dass wir selbstverständlich versuchen werden, in einem solchen Unterricht auch die unterschiedlichen Positionen in bezug z.B. auf den Schleier darzulegen, zu sagen, worauf man sich bezieht, worauf sich die Befürworter beziehen, worauf sich

die Gegner beziehen. Im Endeffekt ist es so: die Kinder werden in der Familie sozialisiert, was sie in der Familie mitbekommen, das werden sie auch machen und da wird sich der Religionslehrer und die Islamische Föderation nicht anmassen, dort Vorschriften zu machen, sondern man wird, also wenn man von christlichen Religionslehrern erwartet, dass sie halt neutral sind und unterschiedliche Positionen darlegen können, dann sollte man das auch von muslimischen Lehrern, die islamischen Religionsunterricht geben werden, auch erwarten dürfen.

Johannes Kandel:

Ich schaue auf die Uhr, es ist kurz vor Zehn und wir sollten jetzt in eine Schlussrunde eintreten. Der Anwalt des Publikums hat viele Fragen gestellt. Gibt es da noch etwas ganz Wichtiges, was wir in der Schlussrunde berücksichtigen sollten? Es steht auch noch die Beantwortung der Frage aus, wer die Lehrer in einem islamischen Religionsunterricht sein sollen und wie ihre Ausbildung aussehen soll.

Manfred Krämer:

Ich möchte eine Frage noch einmal vorlesen, weil ich denke, dass sie das Anliegen vieler anderer Fragen berücksichtigt. Wie können junge Menschen zu einer Toleranz und zu einem humanistischen Engagement für eine menschliche Gesellschaft angeregt werden? Wie können sie, selbst wenn sie zu einem Bekenntnis geführt werden, dazu kommen, sowohl über andere Konfessionen und Bekenntnisse etwas zu wissen als auch mit Mitschülern, die aus diesen anderen Bekenntnissen kommen oder die z.B. nicht-religiös sind oder bewusst anti-religiös sind, auch mit denen in einer Lernkultur, in einer Schulklasse tolerant zusammenzuleben?

Ich lese in diesem Zusammenhang eine Frage vor: Warum werden die Vertreter für die Erteilung des Islamunterrichts gefragt, ob und wie sie andere Religionen darstellen wollen? Warum kommen in den Berliner Schulen, im Berliner Schulunterricht nicht alle Religionen dazu, von Vertretern ihrer jeweiligen Religion dargestellt zu werden? So könnte auch der Islam in seinen Grundstrukturen allen Schülern vorgestellt werden.

Wie können Schüler und Schülerinnen im 21. Jahrhundert zu einem demokratischen Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft befähigt werden? Und was kann der Beitrag von Schule und verschiedenen Bekenntnissen im Religionsunterricht dazu sein?

Johannes Kandel:

Schönen Dank. Schlussrunde. Herr Imal bitte als Erster. Nehmen Sie noch die Frage der Lehrer und Lehrerausbildung mit.

Mustafa Imal:

Wie kann Toleranz vermittelt werden? Im Dialog, im Dialog mit anderen Religionen. Um eben diesen Dialog führen zu können, müssen unsere Kinder erst einmal über ihre eigene Religion Bescheid wissen. Wenn sie das nicht wissen, werden sie assimiliert. Die Befürchtung haben wir. Aber wenn sie über ihre eigene Identität besser Bescheid wissen und das Ganze durch Dialog vertiefen können, kann auch Toleranz vermittelt werden. Die Frage der Lehrerausbildung: wir sind der Auffassung, dass die Lehrer vor allem hier in Deutschland ausgebildet werden sollen. Für den Anfang können Theolo-

gen, die hier in Deutschland in den Moscheen bereits arbeiten, eingesetzt werden. Allerdings müssten sie noch eine pädagogische Ergänzungsausbildung bekommen, an der Universität. Im Verlauf können später Lehrstühle an den Universitäten hierfür eingerichtet werden. Allerdings bestehen wir darauf, dass diese Lehrer auf jeden Fall von den Religionsgemeinschaften ernannt werden, wie es auch bei der evangelischen oder katholischen Kirche der Fall ist. Diese Lehrer müssen auf jeden Fall die Inhalte dieser Religion vermitteln. Wenn das nicht der Fall ist, hat die Religionsgemeinschaft die Möglichkeit, diese Lehrer vom Dienst zu suspendieren oder sie zu entlassen, wie es auch bei anderen Religionen der Fall ist. Dankeschön.

(Beifall)

Kenan Kolat:

In Baden-Württemberg ist geplant, eine islamisch-theologische Fakultät zu gründen, das ist zu begrüßen. Das sollten wir in Berlin auch tun. Das finde ich wichtig. Ich stimme grundsätzlich zu, dass die Lehrer hier ausgebildet werden sollten und für eine Übergangszeit aus dem jeweiligen islamisch geprägten Land kommen können bis wir diese Lücke füllen. Aber grundsätzlich sind die in Deutschland auszubilden. Das Problem ist, dass wir Diskussion so allgemein führen und nicht in die Details gehen. Ich habe auf meine Fragen keine Antworten bekommen und das sind wichtige Fragen. Ich will unseren Schulsenator ermutigen, beim Schwimmunterricht, beim Sportunterricht das Bundesverfassungsgericht anzurufen, weil für mich steht der Bildungsauftrag auf jeden Fall vor der Religionsfreiheit. Das ist für mich sehr viel wichtiger und wir müssen unseren Kindern, unseren Töchtern und Jungen, Bildung vermitteln und ihnen nicht diese Möglichkeiten nehmen. Insofern denke ich, dass wir an diesem heutigen Abend eine Diskussion anfangen, wo wir über konkrete Dinge dann sprechen und nicht so allgemein. Wir müssen die Punkte beim Namen dann nennen und dann antworten. Sonst hätten wir ja diese Organisationen gar nicht, wenn die alle einig wären, es gibt ja Unterschiede in diesen Organisationen, deswegen sind sie ja politisch. Die haben alle auf meine Fragen verschiedene Antworten und sie können für den Islam insgesamt nicht sprechen.

Ismail Kaplan:

Das ist die zentrale Frage, wie die Kinder zur Toleranz erzogen werden sollen. Man könnte das auch in einem interreligiösen Religionsunterricht am besten machen, wo unterschiedliche Religionen im Lehrplan sich wiederfinden und der Lehrer als Moderator diesen Unterricht erteilen kann, wo die Kinder sehr aktiv am Unterricht beteiligt sind und auch als Lehrende beteiligt sind. Das wird teilweise in Hamburg praktiziert. Dadurch könnte man differenziertes Wissen über verschiedene Religionen vermitteln. Das könnte man nach dem Grundgesetz sicherlich nicht als Religionsunterricht bezeichnen, das ist richtig, aber wenn unser Ziel die tolerante Erziehung sein soll, dann halte ich das für die beste Lösung. Die Religionsgesellschaften sollten diese Frage im eigenen Religionsunterricht stark berücksichtigen, ansonsten lernt ein sunnitische Schüler den Islam und die islamische Kultur nur einseitig kennen und er kann keine tolerante Haltung entwickeln, wenn er plötzlich hört, dass sein Nachbar alevitisch ist. Deshalb müsste dieser Unterricht differenziertes Wissen auch über den gelebten Islam in der Türkei und hier in Berlin geben, damit die Kinder sich gegenseitig anerkennen

können und Toleranz üben können. Die Lehrer haben sicherlich im Unterricht eine zentrale Rolle und sie müssen auch nicht nur theologisches Wissen haben, sondern müssen auch interreligiöse Kompetenz unbedingt erworben haben. Nicht nur die Lehrer, die in Zukunft islamischen Religionsunterricht oder alevitischen Religionsunterricht erteilen werden, sondern auch die Lehrer, die im Moment Religionsunterricht schon erteilen

Peter Heine:

Wenn ich das jetzt alles so zusammenfasse, was ich heute abend gehört habe, dann ist mir eins vor allem klar geworden, dass wir alle miteinander – die Mehrheitsgesellschaft und die muslimischen Gruppen untereinander aber auch als Gruppe insgesamt – lernen müssen, aufeinander zuzugehen, vor allem aber auch zuzuhören. Wenn ich immer dieses Wort Scharia höre, dann weiss ich ganz genau, was in den Köpfen der deutschen Hörer vor sich geht. Ich weiss in der Regel nicht, was in den Köpfen der muslimischen Hörer vor sich geht. Aber es ist so ein Schreckenswort. Ich habe vorhin schon einmal deutlich gemacht, dass die Frage nach der T-Aktie im Grunde genommen eine schariats-rechtliche war, so muss man das ja sehen. Und ich denke darüber nach, ob es auf Dauer nicht in allen diesen unterschiedlichen und häufig sehr praktischen Fragen, die das Leben des einzelnen ständig betreffen, ob es da nicht wenigstens im sunnitischen Kontext in Deutschland eine Institution geben müsste, die sich da auf bestimmte Punkte einigt. Ich weiss ganz genau, Herr Kesici und die anderen hier am Tisch und auch im Saal, dass das von einem auf den anderen Tag nicht geht, das ist mir völlig klar. Aber ich könnte Ihnen eigentlich Geschichten erzählen – ich komme aus einer katholischen Gegend – wie wir die Protestanten vor fünfzig Jahren gesehen haben und ich weiss mittlerweile auch, wie Protestanten die Katholiken gesehen haben. Und wenn ich mir vorstelle, dass heute hier in Berlin tatsächlich darüber nachgedacht wird, einen gemeinsamen christlichen Religionsunterricht zu etablieren, dann habe ich auch Hoffnung, in der Beziehung zwischen Muslimen und Christen.

(Beifall)

Burhan Kesici:

Was die T-Aktie angeht, da werden wahrscheinlich viele Muslime der gleichen Meinung sein. In der Vergangenheit, in den letzten Monaten, gab es so eine Diskussion, kann man Aktien oder Fonds kaufen und die Commerzbank hat inzwischen so ein Al-Shukoor Fond eingerichtet, wo auch Muslime einkaufen können und bei der T-Aktie wird es wahrscheinlich auch kein Problem sein, weil die bisher ganz schön Gewinn erbringt. Jetzt zu den Themen, die hier angesprochen wurden und zwar die Lehrerausbildung: selbstverständlich ist die Lehrerausbildung sehr wichtig und wir werden uns ab nächsten Monat mit einer Universität hinsetzen und über Möglichkeiten einer Lehrerausbildung reden, der Kontakt ist geknüpft und jetzt müssen wir sehen, wie die Gespräche sich entwickeln, weil wir es als notwendig empfinden, dass die Lehrer sowohl religiös als auch pädagogisch den Standards entsprechen, die auch von normalen Mathematiklehrern, Deutschlehrern und Geographielehrern erfordert werden. Das ist langfristig. Dann Toleranz: ich glaube, die Muslime leben seit Jahrzehnten hier und in dieser Zeit hat man sich besser kennengelernt und besser verstanden und auch der Kontakt ist inzwischen besser. Wir müssen nur eins bedenken: man hat nur Furcht vor

dem, den man nicht kennt. Und unter den Wissenden –, z.B. war ich heute bei einer Veranstaltung, da wollte man versuchen, die Religionen zusammenzuführen, da sagte jemand, ich sehe hier kein Problem, die Leute, die hier sind, die wissen ja wie man mit anderen Religionen umzugehen hat, die sind ja tolerant, ansonsten wären sie nicht hier. Und ich glaube, es ist wichtig, dass wir bestimmte Werte den Kindern vermitteln oder allgemein den Menschen vermitteln, dass sie Respekt gegenüber anderen haben und da gibt es relative Gebote des Islam. Der Dialog, bzw. andere Religionen, werden ein Bestandteil des islamischen Religionsunterrichtes sein, einfach aus der Tatsache heraus, dass wir in Berlin leben und wir hier in der Minderheit sind. Dann gab es einige Fragen vom Publikum und zwar: Vertritt die Islamische Föderation nur Türken oder gibt es auch andere Nationalitäten? Die Föderation versteht sich als eine Berliner Föderation und in unserem Verein sind sowohl Deutsche als auch Pakistani, Araber, Türken, Indonesier vertreten. Wie wird in der Türkei der christliche Religionsunterricht integriert, gibt es vergleichbare Modelle? Also, ich glaube, dass die Türkei sich hier etwas anschauen kann und so ein ähnliches System anbieten könnte, dann würden die christlichen Minderheiten in der Türkei besser aussehen. Ob Sie mit dem alevitischen Kulturzentrum Kontakt aufgenommen haben? 1997 gab es eine Initiative der Ausländerbeauftragten, Frau Barbara John, wo Religionsgemeinschaften eine Plattform gründen sollten, um den Religionsunterricht anzubieten. Da waren sowohl Vertreter der DITIB, der VIKZ und Aleviten und wir als Föderation anwesend. Aus dieser Plattform wurde nichts, weil sich die Aleviten relativ früh herausgezogen haben und gesagt haben, nein, wir wollen mit denen nichts zu tun haben. Auch bei anderen Veranstaltungen hat man versucht, die Aleviten in die Diskussion um den Religionsunterricht einzubinden und es funktionierte nicht, d.h. was das alevitische Kulturzentrum angeht. Dann gab es zweite Frage: Was sind die Aleviten? Wir haben hier einen Vertreter der Aleviten, der das sehr gut dargestellt hat und da habe ich nichts hinzuzufügen.

(Beifall)

Safer Cinar:

Vorweg zu einer Frage, die mir hier schriftlich vorliegt. Vielleicht habe ich mich eben etwas missverständlich ausgedrückt. Meine Kritik an NRW und der islamischen Religionskunde dort war nicht, dass es sunnitischer Unterricht ist, weil die Frage hier lautet: Was haben Sie gegen den sunnitischen Unterricht? Solange der verfassungskonform ist, habe ich überhaupt nichts dagegen. Mein Problem mit NRW und anderen Bundesländern ist, dass der dortige Unterricht die Überschrift nicht „Sunnitische Religionsunterricht“, sondern „religionskundliche Unterweisung“ heisst, der Inhalt aber sunnitisch ist. Auf meine Frage, was die Vertreter islamischer Organisationen zu den Verhältnissen im Iran und andere Staaten sagen, wurde geantwortet: wir sind in der BRD. Die Antwort kenne ich. Wir sind auch auf dem Planeten Erde, wir sind nicht nur in der BRD. Die Dinge passieren im Namen des Islam, ob das ihr Islamverständnis ist, das müssen Sie beantworten, nicht ich, ich sage nur, da passieren im Namen des Islam die ungeheuerlichsten Menschenrechtsverletzungen und wenn jemand sagt, ich bin eine Person oder eine Organisation, die für den Islam spricht, dann sind sie in der Pflicht, etwas dazu zu sagen, was in Iran, Afghanistan, wo auch immer, passiert. Wenn Sie sagen, wir sind in Deutschland und das interessiert uns nicht, das ist nicht akzeptabel, weder für eine Religionsgemeinschaft

noch eine politische Partei. Wenn, weil Herr Böger gerade vor mir sitzt, wenn Sozialdemokraten irgendwo in der Welt Leute abschlachten, ist Herr Böger schon in der Pflicht zu sagen, nein, das ist keine Sozialdemokratie. Das gilt für Sie genauso.

(Beifall)

Wie gesagt, ich bin diese Diskussion gewohnt, die Antwort kommt immer: das ist Iran, wir sind in Berlin, das interessiert uns nicht. So leicht kann man sich das nicht machen und gerade dadurch werfen Sie ja selber Fragen auf. Anstatt da eine offene Antwort zu geben, dann könnten wir sehen, wie man mit der Antwort umgeht. Noch – in Anführungszeichen – „verwirrt“ wäre ich ja geworden, wenn ich nicht wüsste, worum es geht, in der Beantwortung der Frage, die Herr Kolat gestellt hat. Da wird immer gesagt, ja, wir erzählen den Schülern, das geht so und so und dann müssen sie entscheiden. Sie haben ihren Unterricht damit begründet, Sie wollen Werte vermitteln. Ich denke, diese ganzen Fragen haben sehr wohl etwas mit Wertevermittlung zu tun. Ob Jungs und Mädchen zusammen schwimmen dürfen, das sind alles gerade Werte. Diese Wertefrage, da sagen Sie, das ist nicht Thema unseres Unterrichts, das sollen die Schüler und Eltern selber entscheiden. Das ist doch, ich möchte mich gleich vorher entschuldigen, das ist nicht so böse gemeint, wie es vielleicht klingt, das ist unglaublich unwürdig. Wenn der Religionsunterricht Werte vermitteln soll, muss er auf diese und auf andere Fragen eine Antwort geben. Und wenn Sie selber plötzlich in diesen Dingen sagen, da geben wir keine Antwort, das müssen die Schüler sehen, dann denke ich, ist da irgendwas nicht ganz in Ordnung. Der letzte Punkt noch. Es wurde gesagt, „der Islam ist tolerant.“ Ich denke, alle Religionen sind tolerant in ihrem Wesen. Die Frage ist nur, was wird heute im Namen dieser Religionen gemacht? Und damit komme ich auf den Anfang zurück. Nur zu sagen, Islam ist tolerant, befriedigt keinen, weil, das wissen wir alle, dass die Religionen grundsätzlich tolerant sind. Aber wenn im Namen der Religionen Intoleranz passiert, muss dazu Stellung genommen werden.

(Beifall)

Johannes Kandel:

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende unserer Diskussion. Ich habe am Anfang gesagt, eine Podiumsdiskussion kann vielleicht Dissens formulieren, Kontroversen deutlich machen, sie kann nach Verständigung suchen. Vielleicht haben wir wenigstens das Erste heute abend geschafft, Positionen formuliert. Die Diskussion geht weiter, ich danke Ihnen hier am Podium sehr herzlich für Ihre Beteiligung, Ihnen im Publikum für Ihre lange Geduld und vor allem unserem Anwalt des Publikums für seinen Einsatz heute abend.

(Beifall)

Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg und Auf Wiedersehen!

Impressum:

Dr. Johannes Kandel
Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastr. 17
10785 Berlin-Tiergarten
Tel. (030) 2 69 35-912
Fax (030) 2 69 35-952
E-Mail: Johannes.Kandel@fes.de
ISBN: 3-86077-919-2